

# der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 7/2025



**Erinnerung an den Mauerbau bleibt Aufgabe der schulischen Bildung**

**Tödliche Ostseeflüchten aus der DDR 1961–1989**

**Wiederaufnahmeverfahren im Rehabilitierungsrecht**

**Bundesweiter Härtefallfonds im Internet**

## Inhalt

### Aktuell

- 3 Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstellen Leipzig, Rostock, Erfurt, Berlin Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“ Leipzig
- 4 Der Beauftragte des Landes Sachsen-Anhalt
- 5 Wanderausstellung „frauenHAFT.“ Menschenrechtszentrum Cottbus mit virtuellem Geschichtssommer
- 6 Stiftung Aufarbeitung Berlin
- 7 Deutsche Gesellschaft Berlin
- 8 Stiftung Berliner Mauer Berlin Freedom Week

### Aufarbeitung

- 9 Brandenburg erinnert am 64. Jahrestag des Mauerbaus an die Opfer Erinnerung an den Mauerbau bleibt Aufgabe der schulischen Bildung
- 10 Das graue Elend von Potsdam 35 Jahre Volkskammer-Beschluss zur Einheit
- 11 Foto-Ausstellung TEXAS-BOX Erinnerung an den Mauerbau darf nicht verblasen!
- 12 45. Jahrestag des Danziger Abkommens am 31. August 1980

### Berichte

- 12 Mahnwache vor der Nordkoreanischen Botschaft
- 13 Abschluss-Symposium des Verbundprojektes „Gesundheitliche Langzeitfolgen von SED-Unrecht“ Die UOKG zu Gast beim Campus-Kino
- 14 Lenin-Denkmal wurde in Schwerin verhüllt
- 15 75 Jahre Verbot der Zeugen Jehovas in der DDR
- 16 Aus der Arbeit der SED-Opferbeauftragten
- 17 Besuch in der MfS-Haftanstalt in Neubrandenburg 34. Jahrestag der Ukraine

### Recht

- 18 Wiederaufnahmeverfahren im Rehabilitierungsrecht Bundesweiter Härtefallfonds im Internet

### Geschichte

- 18 Workuta, 22.06.1954
- 19 Mord in staatlichem Auftrag
- 20 Der 13. August ist ein Tag des Erinnerns

### Verbände

- 21 Aktionsgemeinschaft Recht und Eigentum e. V. UOKG-Ausstellung in Litauen

### Service/Bücher

- 21 Einheit und Vielheit
- 22 Argumente gegen Parolen und Populismus
- 23 Tödliche Ostsee-Fluchten aus der DDR 1961–1989

### Umschlagbild

*Graffiti an der East Side Gallery. Das ehemalige Pfortnerhaus wurde inzwischen zum Besucherzentrum umgestaltet. Das Denkmal im Berliner Ortsteil Friedrichshain ist eine dauerhafte Open-Air-Galerie auf dem längsten noch erhaltenen Teilstück der Berliner Mauer in der Mühlenstraße zwischen dem Berliner Ostbahnhof und der Oberbaumbrücke entlang der Spree.*

*Foto: Henning Pietzsch*

## Editorial

# Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

in wenigen Tagen werden wir wieder einmal den Tag der Deutschen Einheit begehen. Jeder dieser Feiertage ist auch Anlass zurück und auch voraus zu denken. Wir, die unter dem Druck der SED Diktatur in besonderer Weise haben leiden und standhalten müssen, bedeutet dieser Tag sicherlich mehr als vielen anderen Mitbürgern, die nichts anderes kennen als Demokratie. Wir wissen, dass Freiheit und Demokratie nichts selbstverständliches ist, sondern dass sie gelebt, verteidigt und erstritten werden muss.

Bei meinem Antrittsbesuch beim neuen Kulturstaaatsminister Wolfram Weimar vor wenigen Wochen war ich hoch erfreut in ihm einen engagierten Partner unserer großen Sache, der Demokratie, zu finden.

Wir haben bereits viel erreicht in diesem Jahr, aber die Arbeit und die Hilfe für einzelne Betroffene geht weiter, denn natürlich kann ein so großes Unrecht nicht einfach ungeschehen gemacht werden. Durch die Ereignisse in der Bundespolitik des letzten Jahres hat der Bund als auch die UOKG immer noch keinen beschlossenen Haushalt, mit dem wir planen können. Ich würde mich deshalb sehr freuen, wenn Sie prüfen könnten, unsere Arbeit weiterhin mit einer Spende zu unterstützen.

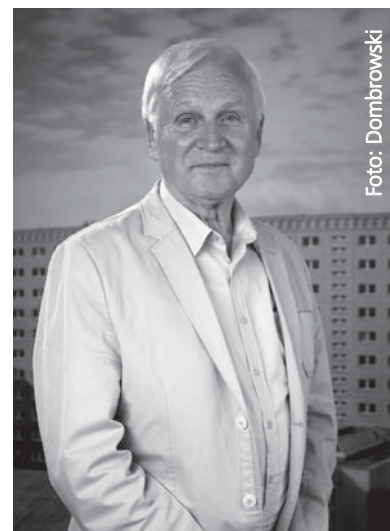


Foto: Dombrowski

Vor wenigen Tagen hat Sybille Krägel, Initiativgruppe NKWD-Lager Tost und Mitglied im Vorstand der UOKG, für ihr unglaubliches Engagement um das NKWD-Lager den Bundesverdienststorden erhalten. **Herzlichen Glückwunsch!**

Ich danke allen für das gemeinsame Engagement und wünsche Ihnen Gesundheit.

bleiben Sie aufrecht!

Ihr Dieter Dombrowski

# Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv

## Außenstelle Leipzig

### Vortrag

**Samstag, 27. September 2025, 14.00 Uhr**

Titel: Stones, Maffay, Springsteen und ihre Fans.  
Die Stasi vs. „Westmusik“.

Referent: Thomas Purschke (Journalist und Zeitzeuge)

### Aktionsnachmittag zum Leipziger Lichtfest und Lange Nacht der offenen Tür

**Donnerstag, 09. Oktober 2025, 14.30–16.00 Uhr  
und 19.00–23.00 Uhr**

Titel: Auf uns kommt es an. Damals wie heute.

Programm: Open-Air-Ausstellung „Frauen im geteilten Deutschland“, Quiz „Alltägliches aus '89“, Bewegungs-Parcours für Kinder, Familien-Mitmal-Poster, Informationsstände der beteiligten Institutionen

### Öffentliche Führung

**Mittwoch, 24. September 2025, 11.00 Uhr**

**Mittwoch, 29. Oktober 2025, 11.00 Uhr**

Titel: Archivführung „Einer Diktatur auf der Spur“.

Hinweis: Eine Anmeldung per Telefon unter 030 18 665-3211 oder per E-Mail an [leipzig.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de](mailto:leipzig.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de) wird empfohlen.

### Wechsausstellungen

**01. Juli bis 31. Dezember 2025**

Titel: Frauen im geteilten Deutschland. Eine Ausstellung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur von Clara Marz (2025).

**05. August bis 31. Dezember 2025**

Umbruch Ost. Lebenswelten im Wandel. Eine Ausstellung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

### Dauerausstellung

Überwachen. Verängstigen. Verfolgen. – Stasi. Die Geheimpolizei der DDR. Die Ausstellung des Stasi-Unterlagen-Archivs vermittelt wichtige Grundkenntnisse über die Tätigkeit des Ministeriums für Staatssicherheit.

Öffnungszeiten der Ausstellungen:

Montag–Freitag 08.00–18.00 Uhr; Samstag/Sonntag und feiertags 10.00–18.00 Uhr. Das Gebäude ist leider nicht vollständig barrierefrei. Der Eintritt ist immer frei.

**Ort:** Alle Veranstaltungen

Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Leipzig

Dittrichring 24, 04109 Leipzig

Telefon: 0341/2247-3211

E-Mail: [leipzig.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de](mailto:leipzig.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de)

Internet: [www.stasi-unterlagen-archiv.de/leipzig](http://www.stasi-unterlagen-archiv.de/leipzig)

## Außenstelle Rostock

### Bürgerberatung

**Dienstag, 07. Oktober 2025, 13.00–17.00 Uhr**

**Dienstag, 04. November 2025, 13.00–17.00 Uhr**

Wie kann ich meine Stasi-Akte einsehen? Dokumentations- und Gedenkstätte in der ehemaligen Untersuchungshaft der Staatssicherheit Rostock (DuG), Grüner Weg 5, 18055 Rostock

### Öffentliche Führung

**Mittwoch, 08. Oktober 2025, 15.00 Uhr**

**Dienstag, 05. November 2025, 15.00 Uhr**

Rostock geheim! Stasi-Stadt-Rundgang mit Dr. Volker Höffer oder Dr. Michael Heinz (Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv Rostock)

Start: vor der „Galerie Rostocker Hof“,

Kröpeliner Straße 26, 18055 Rostock

Anmeldung unter: [stadtfuehrung.rostock@bundesarchiv.de](mailto:stadtfuehrung.rostock@bundesarchiv.de)

### Vortrag und Gespräch

**Montag, 15. Oktober 2025, 19.00 Uhr**

Eigentor. Der F.C. Hansa Rostock und die Stasi.

Referent: Dr. Volker Höffer

(Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv Rostock)

Haus des Gastes

Rostocker Str. 3

18181 Ostseebad Graal-Müritz

## Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“ Leipzig – Tag der Deutschen Einheit

**03.10. Freitag**, 11.00 und 14.00 Uhr, Stadtrundgang „Auf den Spuren der Friedlichen Revolution“, Treffpunkt Hauptportal Nikolaikirche  
13 Uhr, Von der Stasi-Repression zur Deutschen Einheit“ – Zeitzeugenführung durch die Historische Ausstellung „Stasi – Macht und Banalität“  
und die Ausstellung „Die Friedliche Revolution in Leipzig“

16.00 Uhr, Geländerundgang „Stasi intern“ – Hinter den Kulissen der „Runden Ecke“

16.00 Uhr, Feierstunde zum Tag der Deutschen Einheit im ehemaligen Stasi-Kinosaal

19.00 Uhr, Ehemaliger Stasi-Kinosaal „Der Ballon“ Filmvorführung

**03. bis 08.10. Freitag bis Mittwoch**, jeweils 19.00 Uhr, Herbst-Filmtage/Filmwoche

**09.10. Donnerstag**, 11.00 Uhr, „Leipzig auf dem Weg zur Friedlichen Revolution“ Stadtrundgang, Treff: Haupteingang Nikolaikirche

18.00 bis 24.00 Uhr, Historische Aufnahmen der Montagsdemonstrationen Projektion von historischem Filmmaterial am authentischen Ort,  
„HORCHTURM an der OHRENBURG“ Lichtprojekt

19.00 bis 23.00 Uhr, Schulmuseum – Werkstatt für Schulgeschichte

19.00 bis 22.00 Uhr, „Die Vorbereitung der Sicherheitskräfte auf den 09. Oktober 1989 und die Rolle der Nationalen Volksarmee“ Filmvorführung,  
Vortrag und Gespräch

Kontakt und weitere Informationen finden Sie unter: [www.runde-ecke-leipzig.de](http://www.runde-ecke-leipzig.de)

**Donnerstag, 20. November 2025, 18.00 Uhr**

Rockmusik als Risiko für den SED-Staat.  
Referent: Thomas Purschke (Publizist)  
Dokumentations- und Gedenkstätte in der ehemaligen  
Untersuchungshaft der Staatssicherheit Rostock (DuG)  
Grüner Weg 5, 18055 Rostock

**Dienstag, 25. November 2025, 13.00–17.00 Uhr**

Informationstag, Beratung zu Stasi-Unterlagen  
und DDR-Unrecht  
Stadtbibliothek Wismar, Ulmenstraße 11 (Zeughaus),  
18055 Rostock

**Dienstag, 25. November 2025, 18.00 Uhr**

Vortrag und Gespräch: Geheimtransporte über die Ostsee.  
Mit Wismarer Fähren im Kalten Krieg  
Referent: Wolfgang Klietz (Journalist, Hamburg)  
Stadtbibliothek Wismar, Ulmenstraße 11 (Zeughaus),  
18055 Rostock

## Außenstelle Erfurt

**Bürgerberatungs- und Informationstag am 23. September im Landratsamt Kyffhäuserkreis in Sondershausen**

**Dienstag, 23. September 2025, 11.00 Uhr–17.00 Uhr**  
Ort: Landratsamt Kyffhäuserkreis, Sitzungsraum 1. OG  
Markt 8, 99706 Sondershausen

**Führungen:** Jeden 3. Donnerstag im Monat monatliche Führungen durch das Archiv. Rund 4,5 Regalkilometer Akten, etwa 1,7 Millionen Karteikarten sowie zahlreiche Fotos, Filme und Dias verwahrt das Stasi-Unterlagen-Archiv Erfurt in seinen Beständen. Bei den Führungen erfahren die Besucherinnen und Besucher Wissenswertes über das Wirken und die Arbeitsweise der Stasi. Welche Rolle spielte die DDR-Geheimpolizei im täglichen Leben? Wie arbeitete sie und welchen Einfluss übte sie aus? Wie werden ihre Akten heute zur Aufarbeitung genutzt?

**Ausstellung:** „Niños Robados. Gestohlene Kinder. Stolen Children“, ab Dienstag, 03. Juni 2025, im Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv Erfurt zu sehen, zeigt anhand von Biografien

Betroffener aus Kanada, Deutschland, der Sowjetunion, Spanien, Argentinien und El Salvador den jeweiligen historischen Kontext politisch motivierten Kindesentzuges und die verheerenden Folgen für die Opfer.

**03. Juni bis 02. November 2025, täglich 09.00 Uhr bis 18.00 Uhr**

**Ort:** Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv Erfurt, Petersberg Haus 19, 99084 Erfurt  
Die Ausstellung ist kostenfrei.

## Außenstelle Berlin

**Veranstaltungsreihe:** „Lesebühne“ – Neue Publikationen zu den Themen DDR, Staatssicherheit und Diktatur.

**Ort:** Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie  
Normannenstraße 21a, „Haus 7“ – Raum 427, 10365 Berlin  
Telefon: (030) 18 665-6699  
E-Mail: [veranstaltungen.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de](mailto:veranstaltungen.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de)  
Der Eintritt ist frei.

**„Mein Kiez. Geschichte(n) des geteilten Berlins“:**

Im September und Oktober wird die Reihe fortgesetzt.  
Information: <https://www.aufarbeitung-berlin.de/veranstaltungen/mein-kiez>

**Wochenendführungen:** „Einblick ins Geheime: Führung zum Stasi-Unterlagen-Archiv am historischen Ort“.

**Ort:** Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie, Normannenstraße 21a, Haus 7, 10365 Berlin.  
**Telefon:** (030) 18 665-6699

**E-Mail:** [einblick-ins-geheime@bundesarchiv.de](mailto:einblick-ins-geheime@bundesarchiv.de)  
Veranstalter Bundesarchiv-Stasi-Unterlagen-Archiv, Frankfurter Allee 204, 10365 Berlin, Telefon: (030) 18 665-6699

**Der Eintritt ist frei.**  
Berliner Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (BAB)  
Franz-Jacob-Str. 4 B, 10369 Berlin  
Telefon (030) 24 07 92 – 0  
[veranstaltungen@aufarbeitung-berlin.de](mailto:veranstaltungen@aufarbeitung-berlin.de),  
[www.aufarbeitung-berlin.de](http://www.aufarbeitung-berlin.de)



# Beauftragter des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

**Die Beratungstermine in der Landeshauptstadt Magdeburg** im September und Oktober 2025 finden am Schleinufer 12, 39104 Magdeburg Montag bis Donnerstag von 09.00 bis 15.00 Uhr, Freitag von 09.00 bis 13.00 Uhr, oder nach Vereinbarung, statt.

Weitere Termine finden im September in Naumburg (Saale), in Wanzleben für den Landkreis Börde sowie im Schönebeck für den Salzlandkreis statt. Beratung zu SED-Unrecht für die Hansestadt und den Landkreis Stendal. 17.09.2025 von 11.00 bis 17.00 Uhr, Caritas-Beratungsstelle, Stadtseeallee 1. Eine Anmeldung ist unter Telefon 0391/560-1505 oder E-Mail

([info@lza.lt.sachsen-anhalt.de](mailto:info@lza.lt.sachsen-anhalt.de)) erforderlich.

**Neben der Beratung in Rehabilitierungsfragen** bietet der Psychologe Christian Teuber, Mitarbeiter des Beauftragten des Landes Sachsen-Anhalt, Betroffenen die Möglichkeit zum Austausch in einer **Gesprächsgruppe** an. Interessierte können sich unter E-Mail: [kkremkau@paritaet-lsa.de](mailto:kkremkau@paritaet-lsa.de) oder telefonisch unter 03904/49 840 119 melden.

**Ort:** Der Paritätische – Selbsthilfekontaktstelle LK Börde, EHFA Mehrgenerationenhaus, Gröperstr. 12, 39340 Haldenleben, Ansprechpartnerin: Kathleen

Kremkau, Mobil: 0151/27070744 oder Festnetz: 03904/49 840 119, E-Mail: [kkremkau@paritaet-lsa.de](mailto:kkremkau@paritaet-lsa.de)

**Eine Anmeldung ist jeweils unter Telefon 0391/560-15 05 oder E-Mail ([info@lza.lt.sachsen-anhalt.de](mailto:info@lza.lt.sachsen-anhalt.de)) erforderlich, wenn nicht extra ausgewiesen.** Weitere Orte und Termine für Sachsen-Anhalt finden Sie unter: **Internet:** [www.aufarbeitung.sachsen-anhalt.de](http://www.aufarbeitung.sachsen-anhalt.de)

**Orte der Repression in Sachsen-Anhalt 1945–1989**  
<https://www.geodatenportal.sachsen-anhalt.de/mapapps/resources/apps/ortederrepression/index.html?lang=d>



## Wanderausstellung „frauenHAFT. Sowjetische Repression und DDR-Strafvollzug (1945–1956)“

Am 06. und 07. September 2025 erinnerte die Gedenkstätte und das Museum Sachsenhausen und Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam an ein dunkles Kapitel der deutschen Nachkriegsgeschichte: den 80. Jahrestag der Verlegung des sowjetischen Speziallagers Nr. 7 von Weesow nach Sachsenhausen. Bei bestem spätsommerlichem Wetter fanden zahlreiche Besucherinnen und Besucher den Weg nach Oranienburg, um gemeinsam der Opfer zu gedenken und sich mit der Geschichte der Lager auseinanderzusetzen.

Im Speziallager Nr. 7/1 Sachsenhausen waren insgesamt rund 60.000 Frauen und Männer inhaftiert. Etwa 12.000 von ihnen überlebten die Lagerbedingungen nicht und starben an Hunger, Krankheiten und den entbehrungsreichen Haftum-

ständen. Die Gedenkveranstaltungen würdigten ihr Schicksal und gaben Überlebenden sowie Angehörigen eine Stimme. Eine Ausstellung der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten unter Beteiligung der Gedenkstätten Sachsenhausen, Leistikowstraße Potsdam, Brandenburg an der Havel und Jamlitz in Lieberose.

Der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945–1950 e.V., Joachim Krüger, sagte zur Eröffnung am 07. September 2025: „Mit der Ausstellung „frauenHAFT“ über die Frauen, die aus der Haft in Sachsenhausen 1950 in das DDR-Gefängnis Hoheneck gezwungen wurden und deren Leidenszeit dort brutal fortgeführt wurde, wird der Versuch unternommen, Einzelschicksale aufzuzeigen und damit ein würdiges Gedenken zu ermöglichen. Dieser Präsentation



Der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945–1950 e.V., Joachim Krüger.

wünsche ich viele interessierte und mitfühlende Besucherinnen und Besucher, hier in Sachsenhausen und überall dort, wo diese Ausstellung gezeigt werden wird.“

**Ort:** Museum zur Geschichte des sowjetischen Speziallagers in Sachsenhausen (bis 27. April 2026)

**Öffnungszeiten:** täglich 08.30-18.00 Uhr (27. Oktober bis 30. März bis 16.30 Uhr)

Gefördert durch die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, die Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945-1950 e.V. und den Förderverein Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam e.V.

Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen  
Straße der Nationen 22  
16515 Oranienburg

**Information:**

[www.sachsenhausen-sbg.de](http://www.sachsenhausen-sbg.de)



Gedenken zum 80. Jahrestag der Verlegung des Speziallagers Nr. 7 nach Sachsenhausen am 06. und 07. September 2025.

Text und Fotos Sebastian Sachse

## Menschenrechtszentrum Cottbus mit virtuellem Geschichtssommer

Neue Projektreihe startet am 23. Juli: Menschenrechtszentrum Cottbus mit virtuellem Geschichtssommer. Das Menschenrechtszentrum Cottbus e. V. startet die neue Veranstaltungsreihe „Mittagspause für's Ohr – Virtueller Geschichtssommer“. An drei Terminen zwischen Juli und September geben digitale Kurzführungen und Zeitzeugengespräche Einblicke in die Geschichte des ehemaligen Zuchthauses Cottbus, beleuchten bewegende Biografien und zeigen besondere Objekte. „Wir haben immer wieder Nachfragen von Menschen erhalten, die nicht vor Ort sein können. Deshalb wollen wir neue Wege gehen und die Geschichte der politischen Haft auch digital zugänglich machen,“ erklärt Heide Schinowsky, Leiterin der Gedenkstätte.

Den Auftakt bildete am 23. Juli das Thema „Zwischen staatlicher Repression, Normzwang und Zusammenhalt – Virtuelle Kurzführung zur Cottbuser Haftarbeit“. Die Veranstaltungen finden jeweils von 12.30 bis 13.00 Uhr online via Zoom statt. Am 27. August folgt „Wer nicht hingerichtet wurde, wurde verschleppt – Das Schicksal der belgischen Widerstandskämpferin Josephine van Durme“. Den Abschluss macht am 24. September „Zwischenstopp ‚Haft‘ – Zeitzeugengespräch mit dem ehemaligen Cottbus-Häftling Peter Keup“.

Anmeldungen kostenfrei unter: [anmeldung@menschenrechtszentrum-cottbus.de](mailto:anmeldung@menschenrechtszentrum-cottbus.de) möglich.  
Weitere Informationen unter: [www.menschenrechtszentrum-cottbus.de](http://www.menschenrechtszentrum-cottbus.de) zu finden.

## Stiftung Aufarbeitung Berlin

### Erinnerung an den Mauerbau bleibt Aufgabe der schulischen Bildung

Am 13. August 1961 ließ das SED-Regime die Grenze zu West-Berlin abriegeln und schloss damit das letzte Schlupfloch, über das die Bevölkerung der DDR in den Westen fliehen konnte. Mit dem Mauerbau sollte die massenhafte Flucht von Menschen aus der DDR verhindert werden.

„Der Mauerbau war die Konkurserklärung der kommunistischen Diktatur und verwandelte die DDR endgültig in ein Gefängnis“, sagt Dr. Anna Kaminsky, Direktorin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. „Es gehört zu den zentralen Aufgaben der Schulen, jungen Menschen ein historisches Verständnis für diesen tiefen Einschnitt in der deutschen Geschichte zu vermitteln.“

Die Bundesstiftung Aufarbeitung begrüßt daher alle Initiativen, die darauf abzielen, die Geschichte der kommunistischen Herrschaft in SBZ und DDR sowie deren Folgen vertiefend und prüfungsrelevant im Unterricht zu verankern. Angesichts zunehmender Verharmlosungen ist es umso wichtiger, deutlich zu machen: Die DDR war eine Diktatur, die auf Kontrolle, Repression und Ausgrenzung beruhte. Wer die Geschichte der DDR verklärt, erschwert es gerade jungen Menschen, aktuelle politische Entwicklungen im historischen Kontext zu verstehen und einzuordnen.

Kaminsky: „Wir hoffen, dass die Beispiele von Bundesländern, in denen bereits heute die deutsche und europäische Geschichte nach 1945 prüfungsrelevant unterrichtet wird, im wahrsten Sinne „Schule macht“ und künftige Schülergenerationen die Unterschiede von Demokratie und Diktatur klar benennen können. Es braucht nicht nur im Geschichtsunterricht, sondern auch in Fächern wie Deutsch, Ethik oder Politik verlässliche Anknüpfungspunkte, um die deutsche Teilungs-, Einheits- und Transformationsgeschichte zeitgemäß zu vermitteln und heutige Entwicklungen einordnen und verstehen zu können.“ **Für eine anschauliche und schülergerechte Annäherung an das Thema Mauerbau empfiehlt die Bundesstiftung Aufarbeitung die Folge „Der Mauerbau“ der Videoreihe Backstage DDR als Einstieg für den Unterricht:** [www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/backstageddr-dermauerbau](http://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/backstageddr-dermauerbau).

Weiterführende Informationen sowie vertiefende Materialien bietet das Online-Dossier „Mauerbau am 13. August 1961“ auf der Website der Bundesstiftung Aufarbeitung: <https://tinyurl.com/4yzsf8ut>

Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Kronenstraße 5, 10117 Berlin  
Telefon: +49 (30) 31 98 95-0  
Fax: +49 (30) 31 98 95-210  
E-Mail: [buero@bundesstiftung-aufarbeitung.de](mailto:buero@bundesstiftung-aufarbeitung.de)  
[www.bundesstiftung-aufarbeitung.de](http://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de)

**„JUGEND erinnert“ – Wolfram Weimer, Staatsminister beim Bundeskanzler und Beauftragter der Bundesregierung für Kultur und Medien, warnt:** „Wer die DDR verklärt, bereitet den Boden für neue autoritäre Versuchungen“. Der Bund stärkt mit „JUGEND erinnert“ die historisch-politische Bildung junger Menschen zur SED-Diktatur und ihren Folgen. Kulturstaatsminister Wolfram Weimer hat 15 neue Projekte bekanntgegeben, die sich mit dem SED-Unrecht auseinandersetzen. Die Förderlinie wird durch die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur umgesetzt. Die Projekte werden insgesamt mit rund 2,8 Millionen Euro aus dem Bundeskulturretat gefördert. Ziel ist es, Jugendlichen neue Zugänge zur Geschichte der kommunistischen Diktatur zu ermöglichen.

Kulturstaatsminister Wolfram Weimer: „Die DDR war eine kommunistische Diktatur – mit Mauern, Angst und vielen tausenden Opfern. Es ist erschreckend, dass dieses System fast 35 Jahre nach der Wiedervereinigung von manchen noch immer verharmlost oder gar romantisiert wird. Wer die DDR verklärt, hat aus der Geschichte nichts gelernt – und bereitet den Boden für neue autoritäre Versuchungen. Mit ‚JUGEND erinnert‘ fördern wir innovative Bildungsformate, die jungen Menschen Orientierung geben – für Freiheit, Demokratie und die Verantwortung, die daraus erwächst.“

Dr. Anna Kaminsky, Direktorin der Bundesstiftung Aufarbeitung: „‚JUGEND erinnert‘ zeigt, wie vielfältig und gegenwartsbezogen historisch-politische Bildung sein kann. Die geförderten Projekte geben jungen Menschen Raum, sich mit der kommunistischen Herrschaft in der DDR kritisch und eigenständig auseinanderzusetzen. Wer versteht, wie Unfreiheit

funktionierte, erkennt auch, was auf dem Spiel steht, wenn heute Grundrechte relativiert werden.“

Die Auswahl der Projekte, die gefördert werden sollen, beruht auf den Empfehlungen einer unabhängigen Jury. Ihr gehören Zeitzeugen sowie Vertreter aus der Wissenschaft, Gedenkstätten und Jugendorganisationen an. **Aus zahlreichen Anträgen sollen zunächst 15 Vorhaben gefördert werden. Dazu gehören:**

- Arbeitsgemeinschaft Literarischer Gesellschaften und Gedenkstätten e.V. (Berlin): Wortwächter – Geschichten von Zensur, Mut und Demokratie
- Deutsche Gesellschaft e.V. (Berlin): Die unsichtbare Mauer: Ein Serious Game zur Friedlichen Revolution und Wiedervereinigung für Menschen mit Sehhinderung
- Gemeinschaft des Theologischen Konvikts Berlin e.V.: „Die Mauer muss weg.“ | Tear down this wall. Streetart und Demokratisierung
- Lernort Stadion e.V. (Berlin): Freiheit auf den Rängen?! Ost- und Westdeutsche Fußballfans und der gesellschaftliche Wandel
- Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen: Perspektiv.Wechsel – Migrantische Sichtweisen auf die Zentrale Untersuchungshaftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit
- Stiftung Sächsische Gedenkstätten / Gedenkstätte Bautzen: WORT | MACHT | GESCHICHTE
- Universität Erfurt: Teach DEAF: Erfahrungen gehörloser und schwerhöriger Menschen im geteilten Deutschland. Erstellung barrierearmer Unterrichtsmaterialien für Gehörlosen- und Regelschulen
- Stiftung Ettersberg / Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße (Weimar/Erfurt): „DER-100-FRAGEN-AN-DIE-DDR-AUTOMAT“
- Universität Hamburg: „Tor zur Freiheit?“ Ein außerschulischer Lernort zu DDR-Geschichte in Hamburg
- Heinrich-Böll-Stiftung Schleswig-Holstein (Kiel): Bruchlinien – Lebenswege zwischen Freiheit und Unterdrückung
- JFF – Jugend Film Fernsehen e.V. (München): Vergessen war gestern. Medien, Macht und Meinungsfreiheit: Ein medienpädagogisches Projekt zu Erinnerungskultur und queren Perspektiven in der SED-Diktatur

- Stiftung Internationales Begegnungszentrum St. Marienthal (Ostritz): Satt – sauber – trocken? Alltags- und Diskriminierungserfahrungen im Leben von Menschen mit Beeinträchtigungen in Ostsachsen in der DDR
- Stiftung Garnisonkirche Potsdam: „Un-Verfälscht“ Propaganda und Geschichtsrevisionismus auf der Spur
- Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße (Potsdam): Wir Anderen. Gesellschaftliche Vielfalt in der SED-Diktatur
- Stiftung Sächsische Gedenkstätten/ Erinnerungsort Torgau: Jugendliche in der DDR zwischen politischer Haft und Flucht. Das DDR-Jugendgefängnis in Torgau und das Notaufnahmelager für geflüchtete Jugendliche in Sandbostel

Träger der Projekte sind insbesondere Universitäten, Gedenkstätten, Bildungsträger und Kultureinrichtungen. Die Projektträger konnten einmalig bis zu 200.000 Euro für eine Laufzeit von bis zu drei Jahren beantragen. Nach Inkrafttreten des Haushaltsgesetzes 2025 sollen nach Maßgabe des Bundeshaushaltsplans in einer zweiten Runde weitere Projekte gefördert werden. **Weitere Informationen finden Sie hier:** [www.jugend-erinnert.de](http://www.jugend-erinnert.de).

### „Neue Begegnungen“ gesucht: Jugendwettbewerb Umbruchszeiten startet am 01. September

Mit dem Thema „Neue Begegnungen“ beginnt am 01. September 2025 die vierte Runde des Jugendwettbewerbs Umbruchszeiten. Deutschland im Wandel seit der Einheit. Die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und die Beauftragte der Bundesregierung für Ostdeutschland, Staatsministerin Elisabeth Kaiser, laden Jugendliche im Alter von 13 bis 19 Jahren ein, eigene Perspektiven auf die gesellschaftlichen Veränderungen seit 1989/90 zu entwickeln – kreativ, forschend und historisch informiert.

Gefragt sind Beiträge in unterschiedlichen Formaten, wie etwa Podcasts, Videos, Interviewprojekte, Ausstellungen, Reportagen oder Social-Media-Beiträge. Im Mittelpunkt stehen neue Begegnungen: zwischen Ost und West, Nord und Süd, Jung und Alt sowie zwischen Menschen mit und ohne Migrationserfahrung. Entscheidend ist die eigenständige Annäherung an ein Thema der jüngeren deutschen Geschichte, das solche Begegnungen sichtbar macht.

„Jugendliche fragen anders – oft überraschender, oft direkter. Das bereichert unsere Diskussionen, stellt Erinnerungen

auch in Frage und ergänzt diese durch neue Blickwinkel“, betont Dr. Anna Kaminsky, Direktorin der Bundesstiftung.

Staatsministerin Elisabeth Kaiser unterstreicht den gesellschaftlichen Wert des Projekts: „Wer sich mit Geschichte kreativ auseinandersetzt, entwickelt ein Gespür für das Heute. Der Wettbewerb eröffnet jungen Menschen Räume, um eigene Erfahrungen mit dem Wandel nach 1989/90 sichtbar zu machen.“

Die besten Projekte werden mit Preisen zwischen 500 und 3.000 Euro ausgezeichnet. Die prämierten Gruppen reisen zur Preisverleihung nach Berlin, die Fahrt- und Unterkunftskosten werden übernommen. Einsendeschluss ist der 01. Februar 2026. Alle Teilnehmer erhalten eine Urkunde.

Begleitend werden Fortbildungen für Lehrkräfte und Projektbegleitungen sowie Online-Sprechstunden für interessierte Teams angeboten. **Weitere Informationen und Anmeldung:** <https://umbruchszeiten.de/>

**Die 125. Ausgabe des „Historischen Kalenderdienstes“ weist auf Jahrestage ausgewählter historischer Ereignisse in den Monaten September/Oktober/November 2025 hin.** Im Erinnerungsjahr 2025 setzt der Kalenderdienst einen Schwerpunkt auf die Ereignisse und Entwicklungen des Jahres der deutschen Einheit 1990 in Deutschland und Europa, die sich zum 35. Mal jähren.

Auf der Homepage <http://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de> finden Sie weiterhin täglich ein historisches Datum in der Rubrik „heute vor ...“ und weitere Ereignisse im historischen Kalendarium. Sollten Sie Fragen zu den angeführten Daten haben, stehen wir Ihnen mit Hintergrundinformationen gerne zur Verfügung. Die nächste Ausgabe des „Historischen Kalenderdienstes“ erscheint am 30. September 2025.


### Web-Projekt „Identitäten ohne Mauern. Auf der Suche nach der DNA des Ostens“

Das interaktive Onlineportal lädt dazu ein, die gesellschaftlichen Prägungen ostdeutscher Generationen kennenzulernen und zu hinterfragen. Basierend auf über 100 wissenschaftlichen Quellen sowie mehr als 40 Interviews werden individuelle und kollektive Erfahrungen sichtbar gemacht. Die Spannweite der Generationen wird dabei in den Interviews eindrücklich abgebildet – sie reicht vom Bundespräsidenten a.D. Joachim Gauck bis zur 16-jährigen Schülervertreterin Maja Zaubitzer. Nutzer können sich anhand ihres Geburtsjahres auf die Suche nach generationenspezifischen Prägungen begeben – unterstützt durch ein Mitmach-Tool, Datengrafiken und einen Generationen-Zeitstrahl. Ergänzt wird das Portal um einen Podcast, der vom MDR produziert und angeboten wird.

**Weitere Informationen auf der Internetseite:** <https://tinyurl.com/2utvy6df>

### Jugendkongress „Einheit: Jetzt!“ – Junge Perspektiven auf 35 Jahre deutsche Einheit

Am 23.09. findet um 18.00 Uhr in der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur die öffentliche Abendveranstaltung des Jugendkongresses „Einheit: Jetzt! Junge Perspektiven auf 35 Jahre deutsche Einheit“ statt. Nach einem Tag voller Workshops und Gespräche kommen die Kongressteilnehmer mit politisch und gesellschaftlich Verantwortlichen zusammen und übermitteln die Ergebnisse des Kongresses als Einheitsmanifeste, Einheitsbotschaften oder Einheitsfragen an Entscheidungsträger unserer Gegenwart.

Die Abendveranstaltung um 18.00 Uhr richtet sich an ein breites Publikum und wird auch im Livestream übertragen. Die Teilnahme ist frei. Nähere Informationen zu Programm und Gästen schicken wir Ihnen rechtzeitig in einer gesonderten Einladung zu. Informationen zum Jugendkongress am 23.09.: <https://tinyurl.com/9ncfwxxz> 

## Deutsche Gesellschaft Berlin

„Stimmen der Zeit: Literatur und Politik im geteilten und vereinten Deutschland“ – ein Literaturabend. Literatur und Politik: ein Spannungsverhältnis von Nähe und Distanz, von Vereinnahmung und Widerspruch. Gemeinsam mit namhaften Autorinnen und Autoren sowie Fachleuten aus Literatur- und Zeitgeschichte diskutieren wir am 14. Oktober die Macht der Worte – damals, heute und mit Blick auf morgen. Kommen Sie mit uns ins Gespräch! Anmeldungen sind ab sofort bis zum 07. Oktober möglich. Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme. Die Veranstaltung findet am 14.10.2025 von 17.00-21.00 Uhr im Haus für Poesie, Knaackstraße 97 (Kulturbrauerei), 10435 Berlin statt.

**Internet:** <https://tinyurl.com/265rjamd>

## Stiftung Berliner Mauer

An der Kapelle der Versöhnung auf dem Gelände der Gedenkstätte Berliner Mauer wurde zum 20. Mal das Roggenfeld geerntet. Das etwa 2.000 m<sup>2</sup> große Getreidefeld im ehemaligen Grenzstreifen ist ein bedeutender Teil der Gedenkstätte in der Bernauer Straße: Es symbolisiert das Leben und damit die Überwindung von Angst und Gewalt an diesem historischen Ort.

Dieses Jahr wurden rund 200 kg Roggen geerntet, von dem ca. 60% zu Mehl verarbeitet werden. Daraus werden Brot und Oblaten gebacken, die an Besucher der Kapelle der Versöhnung ausgegeben werden. Kleine Säckchen mit jeweils etwa 300 Gramm Korn – ausreichend für eine Mahlzeit oder zur Aussaat – sind gegen eine Spende an der Kapelle erhältlich und reisen von hier aus in die ganze Welt. Auch in diesem Jahr wird ein Teil der Ernte im Rahmen des Projekts Friedensbrot alljährlich mit Getreide aus elf mittel- und südosteuropäischen Ländern, das aus Roggensaatzgut von der Bernauer Straße gewachsen ist, gemischt, gemahlen und zu einem paneuropäischen „Friedensbrot“ (<https://friedensbrot.eu/>) verarbeitet. Das angefallene Stroh wird teilweise zur Verbesserung der Bodenqualität in den Boden eingearbeitet.

Anlässlich der diesjährigen 20. Ernte wird im Wandelgang der Kapelle der Versöhnung noch bis Ende Oktober eine Ausstellung zur Geschichte des Roggenfeldes ge-

zeigt, die gemeinsam mit der Kapelle der Versöhnung, denkwerk/Michael Spengler, dem Friedensbrot e.V. und der Humboldt-Universität zu Berlin entstanden ist.

### Ein Denkmal, das bleibt!?

Sonderprogramm 35 Jahre East Side Gallery vom 22.–28. September 2025. Nur wenige Monate nach der Öffnung der Berliner Mauer schufen 118 Künstlerinnen und Künstler die längste Open-Air-Galerie der Welt. Am 28. September 1990 wurde die East Side Gallery offiziell eröffnet. Seitdem reißt das Bemühen nicht ab, die Kunstwerke auf der Mauer zu bewahren. Anlässlich des Jahrestages startet die Stiftung Berliner Mauer eine Initiative für die Zukunft des Denkmals. Wir diskutieren mit Expertinnen und Experten: Wie kann Kunst im öffentlichen Raum langfristig erhalten werden? Welche Mittel und Methoden sind nötig, um das Denkmal vor Witterung, Autoabgasen und Vandalismus zu schützen?

Wie stehen die Künstlerinnen und Künstler heute zu ihren Mauerbildern und mit welchen Gefühlen blicken sie zurück? Welche Visionen haben Sie für die East Side Gallery? Wir laden Sie herzlich zu unserem Programm ein – machen Sie mit und kommen Sie mit uns ins Gespräch!

### Mitmachangebot

Freitag, 26. September 2025,  
14.00–17.00

Samstag, 27. September 2025,  
11.00–17.00 Uhr

Sonntag, 28. September 2025,  
14.00–17.00 Uhr

**Ort:** East Side Gallery, Besuchsinformation  
Mühlenstraße 73, 10243 Berlin  
Information:

<https://tinyurl.com/263pd98t>

Alle Angebote des Sonderprogramms sind kostenfrei

### Wertewandel 1989 – 2025 – Präsentation und Podium Mittwoch, 08. Oktober 2025, 18.30 Uhr

Gedenkstätte Berliner Mauer,  
Besucherzentrum, Bernauer Straße 119,  
13355 Berlin

In einer Zeit, die zunehmend fest geglaubte Grundsätze und Ordnungen herausfordert, widmet sich die Oktoberausgabe der Zeitschrift Politik & Kultur des Deutschen Kulturrates den Werten der Friedlichen Revolution von 1989. Welche Werte und Annahmen prägten die Akteurinnen und Akteure in den Umbrüchen um 1989? Inwiefern gelten sie auch noch heute und können Orientierung geben?

Nach der Präsentation der Schwerpunktausgabe von „Politik & Kultur“ kommen bei der anschließenden Podiumsdiskussion Autorinnen und Autoren der Oktoberausgabe miteinander ins Gespräch.

In Kooperation mit dem  
Deutschen Kulturrat  
Eintritt frei, Anmeldung erbeten



## Berlin Freedom Week

Vom 08. bis 15. November 2025 findet zum ersten Mal die Berlin Freedom Week (Freiheitswoche) statt – ein internationales Forum für Freiheit und Demokratie. Im Geist der Friedlichen Revolution und anlässlich des Mauerfall-Jubiläums wird Berlin in dieser Woche unter anderem zur Bühne für internationale Stimmen des Widerstands, Menschen, die im Bereich von Kunst und Kultur tätig sind, Verantwortliche aus Politik und der interessierten Öffentlichkeit.

Die Berlin Freedom Week ist eine gemeinsame Initiative der Axel Springer Freedom Foundation (Freiheitsstiftung), des World Liberty Congress (Weltfreiheitskongress), des Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, der Robert-Havemann-Gesellschaft und visitBerlin. Wir laden alle interessierten Organisationen, Institutionen und Einzelpersonen ein, sich

mit eigenen Veranstaltungen oder Formaten einzubringen.

### Berlin Freedom Week

Die Berlin Freedom Week (08.-15. November 2025) ist eine erstmalige Veranstaltungswoche, die den Freiheitsgedanken in den Mittelpunkt stellt und jährlich stattfinden soll. Durch ein vielfältiges Programm aus Konferenzen, Kunst, Kultur und öffentlichem Dialog soll sie Berliner und internationale Gäste inspirieren und den Austausch über die Bedeutung demokratischer Werte in der heutigen Zeit fördern. [berlin-freedom-week.com](http://berlin-freedom-week.com) und [visitBerlin.de/de/berlin-freedom-week](http://visitBerlin.de/de/berlin-freedom-week)

### Berlin Freedom Conference

Die Berlin Freedom Conference findet erstmals am 10. November 2025 im Gasometer Schöneberg statt. Sie bringt führende Köpfe aus Politik, Wirtschaft, Zivilgesell-

schaft, Kultur und den Medien zusammen, um gemeinsam neue demokratische Allianzen ins Leben zu rufen und den weltweiten Einsatz für Freiheit und Demokratie kraftvoll voranzutreiben. Informationen und Tickets auf [berlin-freedom-conference.com](http://berlin-freedom-conference.com)

### World Liberty Congress

Der World Liberty Congress ist die größte globale Demokratie-Allianz mit mehr als 200 Dissidenten aus mehr als 60 autokratisch geführten Ländern der Welt. Sein Ziel ist es, den Kampf für Freiheit in autokratischen Regimen zu unterstützen, internationale Solidarität zu fördern und eine gemeinsame Strategie für den Vormarsch der Demokratie zu entwickeln. [worldlibertycongress.org](http://worldlibertycongress.org)

### Details unter [berlin-freedom-week.com](http://berlin-freedom-week.com).

[freedom.axelspringer.com/de/havemann-gesellschaft.de](http://freedom.axelspringer.com/de/havemann-gesellschaft.de)  
[aufarbeitung-berlin.de](http://aufarbeitung-berlin.de)  
[about.visitBerlin.de](http://about.visitBerlin.de)



## Brandenburg erinnert am 64. Jahrestag des Mauerbaus an die Opfer

Am 64. Jahrestag des Mauerbaus haben der Landtag Brandenburg, die Landesregierung, die Beauftragte des Landes zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur und die diesjährige ausrichtende, ehemalige Grenzgemeinde Dallgow-Döberitz gemeinsam der Opfer der deutschen Teilung und des DDR-Grenzregimes gedacht. Am 13. August 1961 hatte die DDR die Grenze zu den Westsektoren Berlins abgeriegelt. Millionen Menschen wurden schlagartig von Familienangehörigen, Freunden, Kollegen und Bekannten getrennt. Bis zum Fall der Mauer im November 1989 infolge der Friedlichen Revolution starben mindestens 140 Menschen nach Fluchtversuchen oder bei anderen Zwischenfällen an den Sperranlagen in und um Berlin; mehrere hundert Menschen kamen insgesamt an der innerdeutschen Grenze ums Leben.

Bei der Veranstaltung in Seeburg hielt Landtagspräsidentin Prof. Dr. Ulrike Liedtke die Gedenkrede. In Erinnerung an das 140. Todesopfer an der Berliner Mauer, Wladimir Odinzow, wurde ein Ge-

denkstein unweit des Ortes eingeweiht, an dem er als vermeintlicher Flüchtling erschossen wurde. Die Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur, Dr. Maria Nooke, informierte über seine Biographie. Der stellvertretende Ministerpräsident und Minister der Finanzen und für Europa, Robert Crumbach, legte gemeinsam mit der Landtagspräsidentin, der Aufarbeitungsbeauftragten, sowie dem Bürgermeister der Gemeinde Dallgow-Döberitz, Sven Richter, und dem Ortsvorsteher von Seeburg, Harald Wunderlich, Kränze im Gedenken an die Opfer nieder. Das Programm wurde durch das Posauentrio der Musik- und Kunstschule Havelland begleitet.

In ihrer Rede sagte Landtagspräsidentin Prof. Dr. Ulrike Liedtke: „Nach 64 Jahren seit dem Bau der Berliner Mauer dürfen wir kein Opfer vergessen. Ihr Tod war sinnlos in einer aus heutiger Sicht schon unverständlichen Zeit. Der Mauerfall brachte unendliche Möglichkeiten für Ost und West – Verbindendes statt Tren-

nendes. Lassen Sie uns den Zusammenhalt stärken, damit Spaltung in unserem Land keine Chance bekommt.“ Minister Crumbach betonte: „Die Idee, Menschen durch Mauern zu trennen, ist im wahrsten Sinne des Wortes unmenschlich. Und es ist nicht nur wichtig, nachwachsende Generationen mit dieser, unserer Geschichte vertraut zu machen. Die Idee, Menschen durch Zäune und Mauern zu trennen, sie ist heute leider immer noch nicht ausgestorben. Nein, sich damit auseinanderzusetzen ist aktueller denn je! Wir sollten uns auch heute darum kümmern, dass statt Zäunen und Mauern Brücken zwischen den Menschen gebaut werden. Brücken, die Menschen verbinden.“ Aufarbeitungsbeauftragte Dr. Maria Nooke ergänzte: „Gedenktage sind ein wichtiger Anker für die Rückbesinnung auf unsere Geschichte. Erinnerungszeichen wie der heute eingeweihte Gedenkstein für Wladimir Odinzow sind wichtige Anknüpfungspunkte, um die Geschichte von Unrecht und Gewalt wach zu halten. Die Ereignisse vom 13. August 1961 erinnern uns daran, dass Freiheit und die Gewährleistung von Menschenrechten keine Selbstverständlichkeit sind. Es gilt, sie zu bewahren und zu schützen.“

[www.aufarbeitung.brandenburg.de](http://www.aufarbeitung.brandenburg.de) 

## Erinnerung an den Mauerbau bleibt Aufgabe der schulischen Bildung

Am 13. August 1961 ließ das SED-Regime die Grenze zu West-Berlin abriegeln und schloss damit das letzte Schlupfloch, über das die Bevölkerung der DDR in den Westen fliehen konnte. Mit dem Mauerbau sollte die massenhafte Flucht von Menschen aus der DDR verhindert werden.

„Der Mauerbau war die Konkursklärung der kommunistischen Diktatur und verwandelte die DDR endgültig in ein Gefängnis“, sagt Dr. Anna Kaminsky, Direktorin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. „Es gehört zu den zentralen Aufgaben der Schulen, jungen Menschen ein historisches Verständnis für diesen tiefen Einschnitt in der deutschen Geschichte zu vermitteln.“


Die Bundesstiftung Aufarbeitung begrüßt daher alle Initiativen, die darauf abzielen, die Geschichte der kommunistischen Herrschaft in SBZ und DDR sowie deren Folgen vertiefend und prüfungsrelevant im Unterricht zu verankern. Angesichts

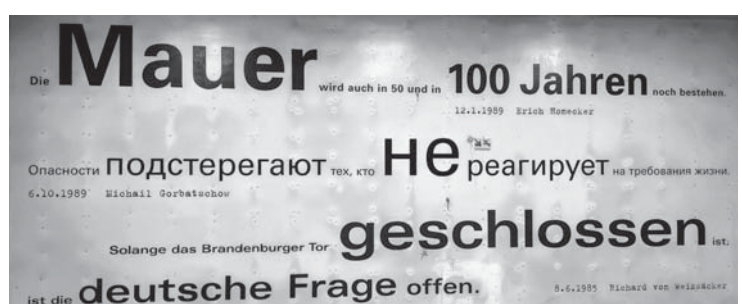
zunehmender Verharmlosungen ist es umso wichtiger, deutlich zu machen: Die DDR war eine Diktatur, die auf Kontrolle, Repression und Ausgrenzung beruhte. Wer die Geschichte der DDR verklärt, erschwert es gerade jungen Menschen, aktuelle politische Entwicklungen im historischen Kontext zu verstehen und einzuordnen.

Kaminsky: „Wir hoffen, dass die Beispiele von Bundesländern, in denen bereits heute die deutsche und europäische Geschichte nach 1945 prüfungsrelevant unterrichtet wird, im wahrsten Sinne „Schule macht“ und künftige Schülergenerationen die Unterschiede von Demokratie und Diktatur klar benennen können. Es braucht nicht nur im Geschichtsunterricht, sondern auch in Fächern wie Deutsch, Ethik oder

Politik verlässliche Anknüpfungspunkte, um die deutsche Teilungs-, Einheits- und Transformationsgeschichte zeitgemäß zu vermitteln und heutige Entwicklungen einordnen und verstehen zu können.“

Für eine anschauliche und schülergerechte Annäherung an das Thema Mauerbau empfiehlt die Bundesstiftung Aufarbeitung die Folge „Der Mauerbau“ der Videoreihe Backstage DDR als Einstieg für den Unterricht: <https://tinyurl.com/2jrt4p3z>

Weiterführende Informationen sowie vertiefende Materialien bietet das Online-Dossier „Mauerbau am 13. August 1961“ auf der Website der Bundesstiftung Aufarbeitung: <https://tinyurl.com/4yzzf8ut> 



## Das graue Elend von Potsdam – Sowjetischer Haft- und Tribunalort Lindenstraße 1945–1952

„Die Zeit der Untersuchungshaft in der Lindenstraße war das Unmenschlichste, was man sich vorstellen kann,“ sagt der Schauspieler Jochen Stern (geb. 1928). Ihn hatte der sowjetische Geheimdienst 1947 als politischen Gegner festgenommen und im Potsdamer Gefängnis Lindenstraße inhaftiert. Das Schicksal von Jochen Stern ist eines von Tausenden Menschen, die nach 1945 in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) Opfer der Errichtung einer neuen Diktatur stalinistischer Prägung wurden. Die neue Sonderausstellung "Das graue Elend von Potsdam" nimmt ab dem 26. September 2025 genau jene sowjetische Nutzungsphase des Justiz- und Haftortes Lindenstraße in den Blick.

Vor 80 Jahren beschlagnahmte der sowjetische Geheimdienst das Areal in der Lindenstraße. Es wurde anschließend sowohl für die Durchführung der Entnazifizierung als auch im Kontext der sowjetischen Herrschaftssicherung als überregionales Sammel-, Untersuchungs- und Durchgangsgefängnis sowie als Sitzungsort Sowjetischer Militärtribunale verwendet.

In neuesten Forschungen konnte die Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße erstmals für den Zeitraum von 1945 bis Januar 1950 insgesamt 1.860 Personen als Inhaftierte identifizieren. Darunter befanden sich 224 Frauen (12 Prozent), 109 Jugendliche unter 18 Jahren (6 Prozent) sowie 333 Personen (18 Prozent) aus über 15 Nationen Europas. Insgesamt waren bis zur Übergabe des Gebäudekomplexes an das Ministerium für Staatssicherheit der DDR im Sommer 1952 mehr als

2.000 Menschen unter katastrophalen Bedingungen inhaftiert. Diese Erkenntnisse verdeutlichen die Dimensionen des sowjetischen Haft- und Tribunalorts in der Potsdamer Innenstadt und dessen internationale Bezüge.

Basierend auf den Forschungen präsentiert die Ausstellung exemplarisch 26 Biografien von Inhaftierten und Verurteilten. Sie wurden entweder als NS- oder Kriegsverbrecher verhaftet, wie beispielsweise der hochrangige Bankier Ferdinand Niedermeyer (1874–1947), der während des Zweiten Weltkriegs im von der Wehrmacht besetzten Frankreich die „Arisierung“ jüdischer Unternehmen verantwortete, oder der Babelsberger SA-Angehörige Paul Boese, der wegen Missetat sowjetischer Bürger verhaftet wurde. Neben den Fällen im Rahmen der Entnazifizierung werden aber auch zahlreiche Schicksale von Männern und Frauen präsentiert, die als politische Gegner im Zuge der Herrschaftsdurchsetzung festgenommen wurden. Dazu gehört beispielsweise der Spremberger Sozialdemokrat Ernst Tschickert, der bereits in der NS-Diktatur zehn Jahre in verschiedenen Gefängnissen und KZ inhaftiert gewesen war und 1949 vom sowjetischen Geheimdienst verhaftet und wegen Spionage verurteilt wurde. Tschickert starb 1951 im sibirischen Strafarbeitslager Taischet.


Erstmals nimmt die Stiftung mit dieser Ausstellung auch das Personal des in Potsdam tätigen sowjetischen Geheimdienstes in den Blick, unter anderem den langjährigen Leiter der Ermittlungsabteilung Iwan

Siwakow (1917-unbek.), über dessen Gewaltausbrüche während der Verhöre in der Lindenstraße etliche Überlebende in ihren Erinnerungen berichteten. Die Schau präsentiert zahlreiche, bisher nicht gezeigte Objekte, die in den letzten Jahren neu in die Sammlung der Stiftung aufgenommen wurden und einige Exponate aus Privatbesitz sowie etwa 100 zum Teil bisher unveröffentlichte Fotos und Dokumente.

Die neue Sonderausstellung erweitert den bisher bekannten Wissensstand über den Haft- und Tribunalort Lindenstraße um ein Vielfaches und dennoch bleiben mangels entsprechender Quellen weiterhin Leerstellen und ungeklärte Fragen für kommende Forschungs- und Ausstellungsprojekte.

Zur Ausstellung erscheint ein begleitender Katalog. Die Stiftung bietet in Kooperation mit verschiedenen Partnern ein umfangreiches Begleitprogramm, unter anderem mit Zeitzeugengespräch, Lesungen, Vorträgen und Filmvorführung sowie einer Führung auf dem Gelände der Villa Ingenheim (heute vom ZMSBw genutzt), wo sich von 1945 bis 1952 der Sitz des Sowjetischen Geheimdienstes NKWD/MGB befand.

**Ausstellungszeitraum:  
26. September bis 12. Juli 2026**

Die Ausstellung wird gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur (MWFK) des Landes Brandenburg. Internet: [www.gedenkstaette-lindenstrasse.de](http://www.gedenkstaette-lindenstrasse.de) 


## 35 Jahre Volkskammer-Beschluss zur Einheit – ein Akt demokratischer Selbstbestimmung

In der Nacht vom 22. auf den 23. August 1990, also vor 35 Jahren, beschloss die einzige frei gewählte Volkskammer in Ost-Berlin mit großer Mehrheit den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland zum 03. Oktober 1990: 294 Abgeordnete stimmten dafür, 62 dagegen. Damit war der Weg zur staatlichen Einheit besiegelt. Rechtsgrundlage war Artikel 23 des damals geltenden Grundgesetzes. Dieser ermöglichte es anderen Teilen Deutschlands, dem Geltungsbereich des Grundgesetzes

durch eigenen Beschluss beizutreten. Genau das tat die Volkskammer – selbstbestimmt, mit demokratischer Legitimation und ohne auf die Zustimmung aus Bonn warten zu müssen.

„Der Parlamentsbeschluss widerlegt die vielfach kolportierte Erzählung einer einseitigen ‚Übernahme‘“, sagt Dr. Anna Kaminsky, Direktorin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. „Der 23. August war vielmehr ein historischer

Akt demokratischer Selbstbestimmung. Er setzte den Wählerwillen um, der bei den Volkskammerwahlen im März 1990 unmissverständlich artikuliert worden war.“

**Das Protokoll der Volkskammer-sitzung ist im Online-Archiv des Deutschen Bundestages abrufbar:** <https://tinyurl.com/2d9bpmha>  
**Weiterführende Informationen zum Einigungsvertrag bietet das Portal:** <https://tinyurl.com/43bwcxna> 

## Foto-Ausstellung TEXAS-BOX

Im Mauer-Mahnmal des Deutschen Bundestages wird bis Ende Oktober 2025 die Ausstellung TEXAS-BOX präsentiert. Erst seit kurzem neu erschlossen ist die Geschichte der ersten großen Foto-Ausstellung Harald Hauswalds außerhalb Europas – in den USA. Zur Eröffnung findet am 16.09.2025 eine Podiumsdiskussion mit dem Fotografen Harald Hauswald und dem Schriftsteller Lutz Rathenow statt, in dem einige neue Details über ihr Zustandekommen erzählt werden.

**Aus der Ankündigung:** „Anlässlich der 750-Jahr-Feier Berlins im Jahr 1987 erschien das Buch „Ost-Berlin. Die andere Seite der Stadt“ mit Fotografien Hauswalds und Texten Rathenows im Piper-Verlag München. Die Fotografien kamen als Originalprints im selben Jahr in die USA. Lutz Rathenow hatte eine Einladung für eine Gastprofessur in Austin erhalten, um dort über sein Schreiben in der DDR und über die Arbeit am Buch zu berichten. Die Ausstellung der Fotografien sollte parallel das eigensinnige, staatsunabhängige künstlerische Selbstbewusstsein einer neuen Kunstszene in Ost-Berlin vorstellen. Der Transport der Bilder erfolgte über die amerikanische Kulturattachée. Lutz Rathenow erinnerte: „Wir aßen gelegentlich zusammen und bekamen im Restaurant des Westdevisenhotels „Metropol“ immer denselben Tisch zugewiesen – ich vermute, aus Abhörgründen. Von meiner Seite aus waren die Gespräche auch etwas inszeniert für die potenziellen Mit Hörer. Ich übergab die von Harald ausgewählten, gut verpackten Fotos in einem Paket im Hotel „Metropol“ vor dem Es-

sen. Ich erinnere mich an ihren Hinweis, dass dies alles zuverlässig in Texas lande. Aber jeder Brief würde zuvor in der Botschaft geöffnet und inspiziert werden. Das fand ich immerhin transparent, sie sah es als ihre Aufgabe an, solch eine Kulturvermittlung zu fördern. Unsere Aktivität war illegal, real dennoch weniger gefährlich als andere Foto-Aufträge für Harald. Wir wurden doppelt aufgewertet – erstens als in den USA plötzlich wahrgenommene Künstler, zweitens durch den sicher dokumentierten Kontakt zur Botschaft und einer amerikanischen Universität.“

In Austin wurden die Schwarzweißbilder ab dem 09. November 1987 auf dem Universitätscampus in Vitrinen präsentiert. Sowohl Hauswald als auch Rathenow waren zur Eröffnung eingeladen worden, bekamen jedoch keine Reisegenehmigung. Das Ministerium für Kultur der DDR hatte schon vorher eine Genehmigung für Rathenows Gastdozentur in Austin abgelehnt. Das Original des Ministeriumsmitarbeiters ließ Lutz Rathenow 1986 in der Wochenzeitung „DIE ZEIT“ veröffentlichen. Die Begründung: „Wir sind daran interessiert, dass Schriftsteller und Künstler der DDR im Ausland auftreten, die durch ihre literarischen Werke und ihre künstlerische Arbeit nachgewiesen haben, dass sie die Politik und Kulturpolitik unseres Staates anerkennen und respektieren und sich mit persönlichem Engagement für das Ansehen der DDR einsetzen.“


Die Fotografien verblieben so nach Ende der Ausstellung im Fundus der Universi-

tät – sorgfältig passepartoutiert und in Archivkartons aufbewahrt. Dreißig Jahre später erinnerte sich Hauswald an das Konvolut und nahm über die von ihm mitgegründete Agentur OSTKREUZ Kontakt nach Texas auf. Tatsächlich wurde der Professor gefunden, der die Fotos archivierte hatte. 2024 kamen die einst illegal ausgereisten Fotografien in vier museumsgerechten Boxen verpackt zurück in ein wiedervereinigtes, in vielerlei Hinsicht verändertes Berlin. Auch im einstigen Ost-Berlin sind Hauswalds Motive von damals nicht mehr zu finden.“

Während das Ostberlinbuch sich unermüdlich der nächsten Auflage und seinem vierzigsten Jubiläum entgegenlebt, verblüfft die Ausstellung in ihrer stillen Intensität in jeder Weise. Mehrere Galerien zeigten in Austin diese Ausstellung, die wohl als Auftritt eines Foto-Künstlers aus Ostdeutschland viel Erstaunen und Respekt erzeugte. Harald Hauswald hat sich mit dieser Ausstellung sehr früh von der bloßen politischen Zuordnung emanzipiert. Der Eintritt für die Ausstellung und die Podiumsdiskussion ist frei

Kristina Volke

**Konzept und Realisation:** Kristina Volke, Leiterin der Kunstsammlung des Deutschen Bundestages, in Zusammenarbeit mit Harald Hauswald und Lutz Rathenow.

**Buch:** Harald Hauswald/Lutz Rathenow: Ostberlin, Jaron Verlag, 24, €, 2. Auflage der 7. Ausgabe des Buches (Nachwort Ilko-Sascha Kowalczuk, Jan-Josef Liefers). Es sind nur noch Restexemplare dieser Auflage vorhanden, Neuauflage noch nicht gesichert. 

## Erinnerung an den Mauerbau darf nicht verblassen!

Der Berliner Beauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (BAB) erinnert an den Bau der Berliner Mauer vor 64 Jahren, am 13. August 1961. „Das menschenverachtende Bauwerk zog eine verheerende Trennlinie durch die Stadt“, erklärt der Aufarbeitungsbeauftragte Frank Ebert. „Die SED-Führung riss damit Familien und Freundeskreise auseinander und fügte vielen Menschen unsägliches Leid zu.“

Mindestens 140 Kinder, Frauen und Männer kamen zwischen dem 13. August 1961 und dem 09. November 1989 im Zusammenhang mit dem DDR-Grenzregime ums Leben. Gleichzeitig steht die Berliner

Mauer sinnbildlich für die deutsche und europäische Teilung sowie den Kalten Krieg. „Die Erinnerung an den Mauerbau darf nicht verblassen“, mahnt Ebert. „Es gilt weiterhin, die Teilung der Stadt, die Spaltung Europas und das Schicksal der Opfer im öffentlichen Bewusstsein wachzuhalten.“

Doch was denken und wissen die Menschen in Berlin heute über die SED-Diktatur und den Mauerbau, über die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit und die Erinnerungskultur der Stadt? Der Berliner Beauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur lässt dazu erstmals ein aktuelles

Meinungsbild der Berliner Bevölkerung erstellen. Mit der Durchführung wurde das Institut forsca Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH beauftragt.


Ziel der repräsentativen Umfrage ist es, Erkenntnisse über die Sicht der Berlinerinnen und Berliner auf die DDR-Vergangenheit und den Umgang damit nach 1990 zu gewinnen. Die Befragten können dabei u. a. schildern, wie sie die DDR charakterisieren würden und ob die DDR bei ihnen Thema im Schulunterricht war oder Gesprächsstoff in der Familie ist. Außerdem wird erhoben, welche Ge-



denkstätten, Museen oder Erinnerungsorte mit DDR-Bezug die Befragten kennen und welche Eindrücke sie bei etwaigen Besuchen gewonnen haben. Die Teilnehmenden wurden per Zufallsstichprobe aus dem Berliner Melderegister ausgewählt.

**Die Ergebnisse der repräsentativen Umfrage sollen Impulse für zukünftige politische Entscheidungen geben und dabei helfen, bestehende Bildungsangebote zu verbessern.**

**Vorgestellt werden sie im November 2025 im Rahmen der ersten Berlin Freedom Week, die anlässlich des Mauerfall-Jubiläums stattfindet.**

Die Bevölkerungsbefragung ist Teil mehrerer Evaluationsstudien zur Aufarbeitung der SED-Diktatur im Land Berlin, die das Abgeordnetenhaus von Berlin 2017 beschlossen hat (Drucksache 18/0427). In der Folge hat der Berliner Kultursenator im Oktober 2018 den Berliner Aufarbeitungsbeauftragten mit der Umsetzung betraut. 

## 45. Jahrestag des Danziger Abkommens am 31. August 1980


Der 31. August 1980 ist in die Geschichte eingegangen: Nach wochenlangen Streiks in Polen unterzeichneten in der Danziger Lenin-Werft Arbeiter unter der Führung von Lech Wałęsa das Danziger Abkommen mit Vertretern der polnischen kommunistischen Regierung. Damit wurde erstmals in einem sozialistischen Land die Gründung einer von der KP-Führung unabhängigen Arbeitervertretung zugelassen. Wenige Wochen später wurde am 10. November 1980 die Solidarność gerichtlich als Gewerkschaft registriert. Das von den Kommunisten kontrollierte Gericht akzeptierte die Gründungsstatuten der Gewerkschaft, in denen die führende Rolle der KP nicht erwähnt wurde. Nach der formellen Gründung der Solidarność traten innerhalb weniger Monate fast 10 Millionen Menschen der neuen demokratischen Organisation bei. Das waren mehr als die Hälfte der insgesamt 16 Millionen Beschäftigten in Polen. Unter den Millionen von Solidarność-

Mitgliedern befanden sich auch hunderttausende Mitglieder der kommunistischen Partei. Die Kommunisten verloren damit in Polen ihr Machtmonopol.

Der Berliner Beauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (BAB) Frank Ebert: **„Das Danziger Abkommen war ein wesentlicher Faktor für den Machtverlust der kommunistischen Regime in Europa. Auch die Opposition in der DDR blickte in den Jahren vor dem Mauerfall auf die Solidarność-Bewegung. Der Mut und die Beharrlichkeit der Menschen in Polen sind ein Beispiel dafür, wie der Einsatz für Demokratie und Freiheit Veränderungen bewirken kann.“**

Die Solidarność inspirierte zahlreiche andere Bewegungen im östlichen Europa und weltweit, für Freiheit und Gerechtigkeit einzustehen. In Danzig erin-

nert seit August 2014 das Europäische Solidarność-Zentrum an die Geschichte der freien Gewerkschaft in Polen und an die Bürgerbewegungen in anderen Staaten Mittel- und Osteuropas.

„Wie in Polen Opposition und Widerstand gegen die kommunistische Diktatur gewürdigt werden, sollte uns Vorbild sein“, sagt der Berliner Aufarbeitungsbeauftragte. „Es ist notwendig, diesem wichtigen Teil deutscher und europäischer Geschichte gerade auch in Berlin Raum zu geben. Und es ist möglich: Der Bund und das Land Berlin haben sich in mehreren Beschlüssen zur Umsetzung des Forums Opposition und Widerstand 1945–1990 bekannt. Machbarkeitsstudien liegen bereits vor. Jetzt ist es Zeit, den Worten Taten folgen zu lassen. 35 Jahre nach der Deutschen Einheit sollten Bund und Land ein Zeichen setzen und mit der Verwirklichung des Forums beginnen.“ 

## Mahnwache vor der Nordkoreanischen Botschaft

Unter dem Motto „Tu deinen Mund auf für die Stummen und die Sache aller, die verlassen sind (Die Bibel: Weisheitssprüche Salomos 31:8).“ finden bereits seit dem 11.09.2009 wöchentlich mit einem Team von Christen aus verschiedenen Gemeinden und Sympathisanten vor der Botschaft Nord-Koreas Protestaktionen statt, um mit Transparenten, Plakaten und Sprechchören gegen die schweren Menschenrechtsverletzungen und die ebenso schwere Christenverfolgung in Nord-Korea zu protestieren.

Uns kommt es immer darauf an, dass nicht wir als Mahnwache-Team im Mittelpunkt stehen, sondern vielmehr das dringende Anliegen, dieses extrem geführte Land durch Kim Jong Un in das Bewusstsein

gerade von Christen und Gegnern des Kommunismus zu rücken. Die Christen sind lt. dieses Diktators der Feind Nr. 1, aber auch jede nur zweifelnde Äußerung an der postkommunistischen Diktatur zieht Lagerhaft oder sofortigen Tod nach sich. Das ist zwar schon seit 1948 Tradition, wurde aber durch die Friedliche Revolution 1989 verstärkt, weil diese von Kirchen sehr unterstützt wurden; die einzigen Orte, an denen man sich zu großen Menschenmengen versammeln, reden, beten und die sozialistische DDR kritisieren konnte.

Die letzte Mahnwache fand am 04. September 2025 vor der Nordkoreanischen Botschaft in Berlin, Glinkastraße 5-7, 10117, Berlin zusammen mit ca. 50 Schülern (incl. Lehrern) aus Seoul, Südko-

rea statt. Gemeinsam riefen wir in deutscher und koreanischer Sprache unsere Slogans, haben gesungen und gebetet, sowie Plakate und Transparent hochgehalten. Anschließend fuhrten wir mit der U 2 vom Bahnhof Mohrenstraße bis Schönhauser Allee und gingen dort zur Gethsemane Kirche; dort wurde den Schülern im Hof eine Erfrischung angeboten. Gegen 16.00 Uhr begaben wir uns in den Kirchenraum, wo einen Vortrag über die Friedliche Revolution durch Zeitzeugen zu hören war (deutsch und koreanisch). Dieser Vortrag handelte vor allem darüber, was sich in der Gethsemane Kirche 1989 von September bis zum Fall der Mauer am 09. November 1989 ereignete.

Gerda Ehrlich, Berlin

# Abschluss-Symposium des Verbundprojektes „Gesundheitliche Langzeitfolgen von SED-Unrecht“

Nach vierjähriger Projektlaufzeit, in deren letztem Jahr insbesondere die Aufbereitung und Verbreitung der Ergebnisse im Fokus stand, verabschiedete sich der Forschungsverbund „Gesundheitliche Langzeitfolgen von SED-Unrecht“ mit einer öffentlichen Abschlussveranstaltung am 11. Juni 2025 im ComCenter Brühl in Erfurt. Rund 100 Teilnehmer vor Ort sowie etwa 40 weitere online verfolgten die Veranstaltung, informierten sich über die Ergebnisse, kamen miteinander ins Gespräch und nahmen vielfältige Eindrücke sowie Materialien des Verbundes mit nach Hause. Neben Fachleuten aus Wissenschaft, Politik und Verwaltung waren auch zahlreiche von SED-Unrecht Betroffene sowie deren Interessenvertreter anwesend.

Abschließend wurde die neue Homepage in die Obhut der SED-Opferbeauftragten Evelyn Zupke übergeben. **Die Website „Gesundheitliche Langzeitfolgen von SED-Unrecht“** (<https://www.sed-gesundheitsfolgen.de/>) **bietet Betroffenen vielfältige Unterstützungsangebote.** Dazu gehören frei zugängliche Informations- und Weiterbildungsangebote

zu Themen wie Trauma, Repressionserfahrungen und gesundheitliche Folgen. Außerdem finden sich Hinweise auf spezialisierte Beratungsstellen – etwa in Berlin – sowie auf Organisationen. Ergänzt wird das Angebot durch aktuelle Veranstaltungshinweise und Möglichkeiten zur Vernetzung mit anderen Betroffenen und Fachkräften. **Die Seite richtet sich gezielt an Menschen, die unter dem**

**SED-Unrecht gelitten haben, und unterstützt sie mit Wissen, konkreten Hilfsangeboten und Austauschformaten.**

Verbundprojekt der Universitätskliniken Jena, Leipzig, Magdeburg und Rostock. Internet: [www.sed-gesundheitsfolgen.de/](http://www.sed-gesundheitsfolgen.de/)

Sebastian Sachse, UOKG



Mitarbeiter und Professoren des Verbundes, Foto: Mechthild Fisches

## Die UOKG zu Gast beim Campus-Kino

Es war ein Sommerabend voller Begegnungen. Am Donnerstag, den 07. August 2025, war die UOKG zu Gast beim Freiluft-Kino auf dem Campus für Demokratie in der Normannenstraße – und der Abend war ein voller Erfolg. Bei bestem Sommerwetter kamen zahlreiche Besucher, um Film, Diskussion und historische Aufklärung unter freiem Himmel zu erleben.

Als Special vor dem Spielfilm-Drama „Tamura“ (2023) präsentierten wir unser Kurzfeature „Zwangsarbeit in der DDR – Im Namen des Profits“. Das Publikum verfolgte die bewegenden Inhalte und die Gesprächsrunde mit Dieter Dombrowski, der eindrücklich über das Thema Zwangsarbeit und die Verantwortung für die Aufarbeitung sprach.

Auch unser Aktionspavillon war ein gefragter Treffpunkt. Viele Gäste nutzten die Gelegenheit, sich zu informieren, Fragen zu stellen und ins Gespräch zu kommen. Bereits vor Filmstart boten Führungen über das historische Gelände

spannende Einblicke in die Geschichte der ehemaligen Stasi-Zentrale.

Gemeinsam mit dem Bundesarchiv, dem Berliner Aufarbeitungsbeauftragten und der Robert-Havemann-Gesellschaft gelang ein Abend, der Kultur, Begegnung

und politische Inhalte in einer besonderen Atmosphäre vereinte. Vielen Dank an dieser Stelle an alle Beteiligten, die dieses Event möglich gemacht haben!

Text und Foto  
Sebastian Sachse, UOKG



Die UOKG zu Gast beim Campus-Kino. Unser Aktionspavillon war ein gefragter Treffpunkt. Barbara Bauer, Dieter und Petra Dombrowski. Internet: <https://tinyurl.com/482bkc6m>

## Lenin-Denkmal wurde in Schwerin verhüllt

Am 14. Juni 2025 versammelten sich zahlreiche Demonstranten in Schwerin zu einer Mahnkundgebung am Lenin-Denkmal, organisiert von der UNION DER OPFERVERBÄNDE KOMMUNISTISCHER GEWALTHERRSCHAFT e.V. und der LAGERGEMEINSCHAFT WORKUTA/GULAG SOWJETUNION. Unter dem Motto „40 Jahre Lenin in Schwerin sind genug!“ wurde ein deutliches Zeichen gesetzt, um auf die problematische Verklärung Lenins und seiner Taten aufmerksam zu machen. Das Lenin-Denkmal wurde mit einem roten Tuch verhüllt, symbolisch für das viele Blut, das im Namen der Kommunisten vergossen wurde und für das er mitverantwortlich ist. Diese Aktion erinnert an die schweren historischen Folgen seiner politischen Entscheidungen und deren Auswirkungen auf unzählige Menschenleben, die von vielen heute noch geleugnet werden.

Stefan Krikowski, dem Vorsitzenden der Lagergemeinschaft Workuta/GULag Sowjetunion e.V. hatte zu diesem Anlass

hochrangige Gäste eingeladen, darunter Manuela Schwesig (SPD), Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern, Dr. Rico Badenschier (SPD), der amtierende Oberbürgermeister von Schwerin. Auch Vertreter aller politischen Fraktionen waren eingeladen, um gemeinsam einen Teil der schweren Geschichte zu reflektieren und den Opfern des Stalinismus zu gedenken. Doch sie blieben lieber geschlossen fern, außer Herr Müller (B90/Grüne).

Politiker zeigen sich oft fern von den Erinnerungen an die Opfer der SED-Diktatur. An Gedenktagen erscheinen sie dann mit salbungsvollen Worten, um ihr Mitgefühl und Verständnis zu demonstrieren. Doch diese Worte bleiben häufig inhaltsleer, da ihnen konkrete Taten und Maßnahmen fehlen, die echten Wandel bewirken könnten. Die Geschichte darf nicht zum bloßen Anlass für politische Rhetorik werden; sie erfordert ernsthaftes Engagement und ein nachhaltiges Bekenntnis zur Aufarbeitung der Vergangenheit. Die Opfer verdienen mehr als nur Lippenbekenntnisse.

Besonders eindringlich äußerte Herr Krikowski seine Kritik an der Entscheidung, das Lenin-Denkmal in Schwerin weiterhin aufrechtzuerhalten. Er bezeichnete die Präsenz dieses Denkmals als „**eine Ohrfeige für alle Opfer der DDR-Diktatur**“. Mit der Forderung, dass „**Lenin weg muss**“, rief er zu einem Umdenken auf und forderte, das Erbe des Kommunismus kritisch zu hinterfragen. Diese Forderung unterstützten die Anwesenden. Viele von Ihnen waren selbst politisch Verfolgte der SED-Diktatur. [...] Lenin war noch vor Joseph Stalin der Urheber des Staatsterrors. Unter seinem Regime wurden politische Gegner willkürlich verfolgt und massenhaft hingerichtet. Die Schaffung der ersten Konzentrationslager in Europa geht auf seine Initiative zurück. Zudem begründete er die Ein-Parteien-Diktatur, die viele Länder, darunter auch die DDR, erlebten. Den Höhepunkt dieser repressiven Strategie stellte die Gründung der Geheimpolizei „Tscheka“ dar, die weitreichende Vollmachten zur Bekämpfung freiheitlicher und demokratischer Bestrebungen erhielt.

In Schwerin, in einer Stadt mit einer auch dunklen Geschichte, wurden zwischen 1950 und 1953 rund 100 Frauen und Männer von sowjetischen Militärtribunalen zum Tode verurteilt und anschließend in Moskau erschossen. Viele dieser

Urteile wurden nach 1990 vom Obersten Gerichtshof der Sowjetunion aufgehoben, was die Unrechtmäßigkeit dieser Maßnahmen/Taten unterstreicht. Die Namen dieser 105 unschuldigen Menschen wurden am 14. Juni 2025 verlesen. Sie sind nicht vergessen! Diese Tatsachen macht die Präsenz des Lenin-Denkmal in Schwerin besonders schmerzlich und verhöhnt die Opfer der kommunistischen Diktatur. Stefan Krikowski betonte in seiner Ansprache die Bedeutung dieser Gedenkfeier: „Es ist unerlässlich, die Erinnerung an diese unschuldigen Opfer zu bewahren, damit sich solche Gräueltaten nicht wiederholen.“ [...]

**All dies wirft Fragen auf: Ist es Gewöhnung, Gleichgültigkeit oder gar eine bewusste Absicht? Warum zeigen gerade Kommunen, die eine zentrale Rolle in der Aufarbeitung der nationalsozialistischen und kommunistischen Geschichte spielen sollten, oftmals wenig Interesse daran, sich diesen Themen zu stellen? [...]**

Die Mahnkundgebung in Schwerin war ein weiterer Schritt in die richtige Richtung, der auch als Vorbild für andere Kommunen dienen könnte. Demokratische Gesellschaften müssen sich ihrer Vergangenheit stellen, Missstände benennen und aufarbeiten, um aus den Fehlern der Geschichte zu lernen und eine gerechtere Zukunft zu gestalten. Dazu reichen nicht inhaltsleere Wortphrasen an Gedenktagen. Diesen Worten sollten auch Taten folgen. Insgesamt zeigt sich, dass es einen unbedingten Handlungsbedarf gibt, um die Themen der kommunistischen Unterdrückung und politischen Verfolgung aktiv zu thematisieren. Nur so kann ein nachhaltiger Prozess der Aufarbeitung und Versöhnung stattfinden, der sowohl den lebenden Opfern als auch den zukünftigen Generationen gerecht wird.

Die anwesende Germanistik Studentin Anna Shulzhenko von der Universität Stettin (polnisch: Uniwersytet Szczeciński) äußerte: „Die Veranstaltung stellte nicht nur einen wichtigen Schritt in Richtung der Aufarbeitung der Geschichte dar, sondern auch einen Appell an die gegenwärtige Gesellschaft, sich aktiv für eine Erinnerungskultur einzusetzen, die vergangenes Unrecht anerkennt und die Stimmen der Verfolgten hörbar macht. Es bleibt zu hoffen, dass solche Initiativen dazu beitragen, das Bewusstsein für his-



Lenindenkmal – 40 Jahre Lenin in Schwerin sind genug!

torische Verantwortung zu schärfen und letztlich für eine gerechtere Zukunft zu kämpfen.“

André Rohloff, Text redaktionell gekürzt

### MAHNKUNDGEBUNG – 40 Jahre Lenin in Schwerin sind genug! [...] Der hat doch nichts gemacht...

Nach unserer Mahnwache führen wir mit Sigurd Blümcke und seiner Frau mit einem Taxi zum Dokumentationszentrum. Ich saß vorne neben der Taxifahrerin (Schwerinerin, ca. 60 Jahre alt). Also, sie hatte die DDR noch gut erlebt. Als ich sie ‚unschuldig‘ auf das Lenin-Denkmal ansprach, plapperte sie drauf los.

**Taxifahrerin:** Der Lenin gehört zu Schwerin. Der war schon immer da.

**Ich:** Sehen das auch alle Schweriner so?

**Sie:** Ja, alle Schweriner sehen das so.

**Ich:** Also, alle Schweriner wollen das Lenin-Denkmal behalten?

**Sie:** Ja. Das ist so. Der gehört einfach zu Schwerin, bestätigte sie abermals.

**Ich:** Aber im gesamten Ostblock sind Stalin und Lenin-Denkmäler abgerissen worden. Und hier steht Lenin nun schon seit 40 Jahren.

**Sie:** „Ja, warum nicht.“

**Der hat doch nichts gemacht“.**

Im stillen dachte ich, was muss wohl der Zeitzeuge Sigurd Blümcke denken (der still und erschöpft auf der hinteren Bank des Taxis saß...), dessen acht (!) Werderaner Freunde im ‚Lindenhotel‘ in Potsdam zum Tode verurteilt und später in Moskau hingerichtet wurden. Dann wechselten wir das Thema. Aber es ist schon aufschlussreich wie Volkes Stimme aus Schwerin so ‚tickt‘. Ja, und Taxifahrer sind ja bekanntlich nah an Volkes Stimme dran...



Mahnkundgebung am Lenin-Denkmal in Schwerin – Ein Aufruf zur Auseinandersetzung mit der kommunistischen Vergangenheit, Fotos: Eugen A.

**Mein Vorschlag:** Man trägt dieses Lenindenkmal in Schwerin vorsichtig (!) ab und stellt es dann als Mahnmal in den Innenhof des ehemaligen Gefängnisses am Demmlerplatz, im heutigen Dokumentationszentrum. Das wäre doch ein Publikumsmagnet...

Stefan Krikowski,  
Text redaktionell gekürzt

Der Beitrag über die Lenin-Aktion ist jetzt öffentlich auf YouTube: <https://youtu.be/pdeSZNBSR6s>

#### Pressestimmen:

– Lenin muss weg: Gastkommentar von Dieter Dombrowski in „Die Tages-

post – Katholische Zeitung für Politik, Gesellschaft und Kultur“. Quelle:

<https://tinyurl.com/549hwhx9>

– UOKG im Internet:

<https://tinyurl.com/2s38tw5m>

– Das NDR-Nordmagazin (3:38min.) berichtete am 17. Juni 2025 über Protestaktion vor dem Lenin-Denkmal: <https://tinyurl.com/bdpv2f69>

– Die Rede von Stefan Krikowski auf workuta.de unter „AKTUELLES“ mit Eintrag vom 17. Juni 2025:

LENIN MUSS WEG!

<https://tinyurl.com/4pc9bv3c>

– Kommentar: „Ein Denkmal der Schande. Warum Lenin in Schwerin längst verschwunden sein sollte.“

Quelle: „Schwerin lokal“, <https://tinyurl.com/c68hkne5>

## 75 Jahre Verbot der Zeugen Jehovas in der DDR

**Ausstellung erinnert in Cottbus an „doppelte Verfolgung“.** Am 31. August 1950 wurde in der DDR die Religionsgemeinschaft der Zeugen Jehovas verboten. 75 Jahre später erinnert das Menschenrechtszentrum Cottbus e. V. an dieses Ereignis und lud Dienstag, 02. September 2025, zur Eröffnung der Wanderausstellung „Verboten und verfolgt. Jehovas Zeugen im KZ Ravensbrück und in Haftanstalten der DDR“ in die Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus ein. Die Kuratoren Dr. Christl Wickert und Falk Bersch stellten in Vortrag und Gespräch die Verfolgungs-

geschichte der Zeugen Jehovas seit 1933 vor. Das Grußwort sprach Dr. Maria Nooke, Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur im Land Brandenburg (LAKD).

**Die eröffnete Ausstellung beleuchtet anhand von Biografien die zweifache Verfolgungsgeschichte:** Zeugen Jehovas, die im NS-Staat – unter anderem im Konzentrationslager Ravensbrück – inhaftiert waren, wurden später auch in der DDR erneut verfolgt. Im Cottbuser Gefängnis befanden sich während der

NS- und der DDR-Zeit Mitglieder der Glaubensgemeinschaft unter den Inhaftierten. Die von der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück und der LAKD konzipierte Wanderausstellung präsentiert auf 16 Tafeln und an Dokumenten-Tischen Einblicke in Schicksale von zwölf Verfolgten. Sie wird bis zum 30. Oktober 2025 in der Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus gezeigt.

**Ort:** Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus, Bautzener Str.140, 03050 Cottbus

**Internet:**

[www.menschenrechtszentrum-cottbus.de](http://www.menschenrechtszentrum-cottbus.de)

## Aus der Arbeit der SED-Opferbeauftragten

Liebe Leserinnen und Leser des Stacheldrahts, auch wenn sich in diesem Jahr vieles auf das 35. Jubiläum der Deutschen Einheit fokussiert, ist es mir als Opferbeauftragte wichtig, auch daran zu erinnern, dass vor 35 Jahren nicht nur die Einheit unseres Landes wiederhergestellt wurde, sondern dass damals die Grundlage für die Aufarbeitung der Verbrechen des SED-Staats, das Herstellen der Transparenz über das bisher geheime staatliche Handeln und die Rehabilitierung und Unterstützung der Opfer gelegt wurde.



Evelyn Zupke © Deutscher Bundestag / Inga Haar

Mit den Weichenstellungen, die im Sommer und Herbst 1990 vorgenommen wurden, wurde aufgebaut auf das jahrzehntelange Engagement der Opferverbände, wie der VOS, auf die Arbeit der Stiftung für politische Häftlinge in Bonn und ganz besonders auch auf der Arbeit der Zentralen Erfassungsstelle in Salzgitter.

Das Anliegen, dass die Opfer Gerechtigkeit und Unterstützung erfahren sollen, wurde mit der Aufnahme eines eigenen Passus im Einigungsvertrag eine der Grundlagen der Deutschen Einheit. Die Zusage, die das wiedervereinigte Deutschland vor 35 Jahren den Opfern der SED-Diktatur im Einigungsvertrag gemacht hat, diese Zusage, dass die Opfer des SED-Unrechts-Regimes rehabilitiert und entschädigt werden, sie gilt nach über 35 Jahren unverändert. Mit den weitreichenden Entscheidungen für Verbesserungen für die Opfer, welche zum 01. Juli 2025 in Kraft getreten sind, haben Bundestag und Bundesrat diese Zusage in beeindruckender Weise erneuert.

Ein wesentlicher Schritt der vor mehr als drei Jahrzehnten gegangen wurde, war die Sicherung und Öffnung der Stasi-Ak-

ten. Dass am 03. Oktober 1990 mit Joachim Gauck ein erster Sonderbeauftragter der Bundesregierung für die Stasi-Unterlagen ernannt wurde, war keine Selbstverständlichkeit. Es waren Menschen in der DDR, sei es bei den Besetzungen der Stasi-Dienststellen und schließlich in der ersten freigewählten Volkskammer, die auch gegen Widerstände den Weg zum Erhalt und der Öffnung der Akten geebnet und dafür gesorgt haben, dass die Öffnung der Stasi-Akten für die Gesellschaft ebenso auch Teil des Einigungsvertrages wurden und der gesamtdeutsche Bundestag aufgefordert wurde, ein entsprechendes Gesetz zu verabschieden.

In diesem Jubiläumsjahr der Einheit werde ich immer wieder in Interviews gefragt, welche Bedeutung die Stasi-Akten und die Archive insgesamt für die Opfer heute noch haben.

Ich berichtete meist von einem Fall, der mir auch persönlich sehr nahe geht. Im letzten Oktober verurteilte

die Schwurgerichtskammer des Landgerichts Berlin einen ehemaligen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit wegen Mordes zu einer Freiheitsstrafe von zehn Jahren. Der Angeklagte hatte 1974 einen polnischen Staatsbürger am Grenzübergang Friedrichstraße auf Weisung seiner Vorgesetzten erschossen. Überführt hatte den Angeklagten keine DNA-Analyse oder moderne, computergestützte Ermittlungsmethoden. Es waren maßgeblich über 50 Jahre alte Stasi-Unterlagen aus dem Bundesarchiv, die dem Gericht den Beweis dafür lieferte, dass der Angeklagte heimtückisch handelte, als er das Opfer von hinten erschoss.

Für mich steht die Geschichte sinnbildlich für das, was die Stasi-Unterlagen und die Archive insgesamt seit Jahrzehnten im Umgang mit politischer Gewalt für unsere Gesellschaft leisten. Sie bringen Licht ins Dunkel. Die Akten helfen dabei, aufzuklären. Für die Betroffenen von SED-Unrecht sind die Akten weit mehr als reine Informationsträger. Für die politischen Häftlinge sind die Akten, wie beispielsweise die der Staatssicherheit, häufig die einzigen Zeugen des begangenen Unrechts. Gerade in den Verfahren zur Rehabilitierung

liefern die Akten meist die wichtigsten Belege für das, was geschehen ist. Die Täter schweigen. Aber die Akten sprechen.

Erst durch die Akten wird aus einem Häftling ein politischer Gefangener. Denn durch die Akten werden die Gerichte meist erst in die Lage versetzt die Rehabilitierung vorzunehmen.

**Für die ehemals politisch Verfolgten und ihre Angehörigen steht die Aufklärung über das Schicksal, aber ebenso auch Fragen der Rehabilitierung und Wiedergutmachung, im Mittelpunkt. Für all das sind die Akten von zentraler Bedeutung.**

Gleichzeitig tragen die Archive ganz wesentlich dazu bei, Aufklärung zu leisten. Eindrucksvoll ist für mich das Beispiel der Hoheneckerinnen, die nach dem Häftlingsfreikauf die von ihnen im Gefängnis genähten Waren in den Kaufhäusern im Westen Deutschlands wiedererkannten. Erst durch die Akten ließ sich ihr Verdacht erhärten und der Weg von der Nähmaschine im Gefängnis, hin zu den Verbrauchern in der Bundesrepublik, nachzeichnen. Überall dort aber, wo Akten fehlen oder Bestände nicht erschlossen sind, stößt der Versuch der Aufklärung an seine Grenzen.

Dies gilt insbesondere für die tausenden Säcke an zerrissenen Stasi-Unterlagen. Für die politisch Verfolgten haben diese Akten eine besondere Bedeutung. Für sie und auch für mich als Opferbeauftragte ist es entscheidend, dass nicht die Staatssicherheit darüber bestimmen sollte, welche Informationen uns heute zur Aufklärung über die SED-Diktatur zur Verfügung stehen.

Die Arbeit der Archive kostet Geld. Für den langfristigen Erhalt der Unterlagen sind Investitionen notwendig. Ganz besonders Investitionen in moderne Archivbauten, insbesondere für die Stasi-Unterlagen. Wenn wir als Gesellschaft diese Investitionen nicht leisten, riskieren wir einen Teil unseres Gedächtnisses zu verlieren. Mit Blick auf die Anliegen der politisch Verfolgten wäre dies fatal. Das Anliegen, das Unrecht aufzuklären und die Gesellschaft für den Wert von Freiheit und Demokratie zu sensibilisieren.

Gerade jetzt zum 35. Jahrestag der Wiedervereinigung wünsche ich mir, dass wir

das Bundesarchiv noch stärker als ein Symbol der Deutschen Einheit begreifen.

Die Archivbestände des Bundesarchivs geben Zeugnis davon, wie sehr die Menschen sich nach der Einheit gesehnt haben. Die tausenden Briefe, die von Ost nach West und von West nach Ost gingen, die Fluchtversuche der DDR-Bürger, die westdeutsche Fluchthilfe und der Häftlingsfreikauf. Die Unterlagen geben aber auch Auskunft über dunkle Kapitel, wie beispielsweise die Haftzwangsarbeit

für westdeutsche Firmen und die inoffiziellen Mitarbeiter in westdeutschen Ministerien und Behörden.

Im Stasi-Unterlagen-Archiv sind die staatliche Repression und der Freiheitswille der Menschen dokumentiert. Die Sicherung der Stasi-Akten ist ein Geschenk der Friedlichen Revolution an unsere heutige demokratische Gesellschaft.

Gerade deshalb verbinde ich den Jahrestag der Deutschen Einheit auch mit dem

Appell an die Politik in unsere Archive zu investieren.

Ihre Evelyn Zupke

PS: In der nächsten Ausgabe des Stacheldrahts wird es in meinem Beitrag ganz konkret: Die Gespräche mit den Ministerien zur Ausgestaltung des bundesweiten Härtefallfonds sind auf der Zielgraden. Ich freue mich, Ihnen im nächsten Stacheldraht zu berichten, wie die Kriterien zur Vergabe der Leistungen aussehen werden.

## Besuch in der MfS-Haftanstalt in Neubrandenburg

Ein kurzer Bericht

Nachdem ich in letzter Zeit viel über die MfS-Haftanstalt in Neubrandenburg in der Zeitschrift „der stacheldraht“ gelesen habe, entschied ich mich während meines Urlaubs, diesen historischen Ort zu besuchen. Mit einem Flyer zur Gedenkstätte in der Hand machte ich mich auf die Spurensuche. Leider musste ich feststellen, dass der sogenannte Actionbound „DDR-Staatssicherheit“ alles andere als hilfreich war. Die Informationen waren derart unzureichend, dass ich kurz davor war, meine Suche bzw. Besichtigung frustriert abzubrechen. In einem Moment der spontanen Eingebung recherchierte ich den Namen André Rohloff. Ein Name, den ich oft im Stacheldraht gelesen habe.

Zu meiner großen Freude war Herr Rohloff sofort bereit, mir bei dem Vorhaben zu helfen und mir den Ort persönlich zu zeigen. Für diese interessante und aufschlussreiche Führung möchte ich ihm meinen aufrichtigen Dank aussprechen. Er war beeindruckend, aus erster Hand über die Geschichte und die Geschehnisse vor Ort zu erfahren. Während dieser Führung erfuhren wir auch, dass die Vereinigung

der Opfer des Stalinismus (VOS e.V.) und die Union der Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft (UOKG e.V.) an dem eingangs erwähnten Flyer nicht beteiligt waren. Dies fand ich sehr schade, da ich der Meinung bin, dass ihre Expertise und Erfahrung wesentliche Bereicherung für solche Informationsangebote darstellen könnten. Ich hoffe, dass die zukünftige Aufarbeitung dieser dunklen Kapitel unseres Landes weiterhin im Fokus bleibt und dass die zukünftigen Besucher adäquate und authentische Informationen erhalten.

„Actionbound“ ist eine Telefonapp für Smartphones und Tablets. Sie führt Besucher durch eine Art Parkur zu verschiedenen historischen Ereignisorten. Diese wird mit dem Flyer der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg beworben und vermittelt einen ersten Eindruck der aufgeführten Orte, z.B. ehemaligen Hauptsitz der Staatssicherheit im ehemaligen Bezirk Neubrandenburg. Darin werden ua. auch die ehemalige Torpedoversuchsanstalt, das Lager Fünfeichen mit seiner doppelten Geschichte sowie die Themen Jüdisches Leben und Zwangsarbeit vorgestellt.

Für die Aufarbeitung in Neubrandenburg sind aber auch noch weitere Themen virulent, die bisher kaum oder gar nicht aufgearbeitet sind. So z.B. die Auseinandersetzung mit der Doping-Vergangenheit des SC Neubrandenburg. Zugleich bestehen Reibungspunkte zwischen etablierter Aufarbeitung und engagierten Bürgern der Stadt, wie und in welcher Weise an die doppelte Geschichte (NS- und SED-Diktatur) zu erinnern sei. Es bleibt zu hoffen, dass alle Beteiligten und Akteure, die engagierten Bürger der Stadt, die Aufarbeitung der Diktaturgeschichte gemeinsam vorantreiben.

Am 27.09.2025 findet ab 12.30 Uhr eine Gedenkveranstaltung der AG Fünfeiche mit Kranzniederlegung und anschließendem Wohltätigkeitskonzert in der Konzertkirche Neubrandenburg statt. Vielleicht ein Ort, wo der weitere Austausch über das Gedenken in Neubrandenburg gelingen kann.

Frank Fröhlich / Ergänzung  
Redaktion Stacheldraht

## 34. Jahrestag der Ukraine

Am Vorabend des 35. Jahrestages der Ukraine fand am 23. August 2025 in Erfurt im Zughafen ein Deutsch-Ukrainischer Erlebnistag statt. Höhepunkt am Abend waren die Auftritte ukrainischer Musiker. Das Damen-Trio „Bestia Banderose“ (siehe Foto), der Rapper „Hersonskiy“, aber auch die Sängerin BRAVIKS sowie die Rockband „SKRYABIN“, sorgten für viele positive Emotionen im Publikum. Die erzielten Einnahmen wurden „für den Ankauf eines Krankenwagens verwandt, der Menschenleben in der Ukraine retten soll“, wie Mitorganisatorin Nina Kondrikova von der „Deutsch-Ukrainischen Kulturgesellschaft Erfurt“ mitteilte. Frau Kondrikova bedankte sich bei den Menschen aus Erfurt herzlich für die Unterstützung ihres Landes, welches sich seit dem 24. Februar 2022 eines brutalen Angriffskrieges Russlands erwehrt.

Thomas Purschke



Die ukrainische Sängerin Viktoria Brekhar, die unter dem Künstlernamen „BRAVIKS“ auftritt, begeisterte das Publikum in Erfurt(Zughafen), mit ihren eigenen Songs.  
Fotos: Thomas Purschke

# Wiederaufnahmeverfahren im Rehabilitierungsrecht – Thüringer Verfassungsgerichtshof bestätigt hohe formale Hürden

Wenn neue Beweise oder Erkenntnisse auftauchen, soll ein altes Verfahren noch einmal überprüft werden können. Das ist der Kern eines Wiederaufnahmeverfahrens nach § 359 StPO.

Das Gesetz nennt sechs mögliche Gründe für eine Wiederaufnahme. Der mit Abstand wichtigste – und gerade im Rehabilitierungsrecht der Regelfall – ist das Auftauchen neuer Tatsachen oder Beweismittel. Beispiel: Wurde ein Rehabilitierungsantrag vor Jahren abgelehnt, können bislang unbekanntes Unterlagen oder neue wissenschaftliche Studien, die systematische Menschenrechtsverletzungen in DDR-Spezialheimen belegen, Anlass sein, die Entscheidung neu aufzurollen.

**Die Streitfrage lautet hier: Welche Form muss ein solcher Wiederaufnahmeantrag haben?**

**Nach § 366 Abs. 2 StPO (Strafprozessordnung) ist ein Wiederaufnahmeantrag nur wirksam, wenn er entweder von einem Rechtsanwalt unterzeichnet oder zu Protokoll der Geschäftsstelle erklärt wird. Praktisch bedeutet das:**

– Wer keinen Anwalt einschaltet, muss persönlich beim Gericht erscheinen,

um den Antrag dort frei mündlich zu Protokoll zu geben.

– Schriftliche Vorlagen oder von Dritten vorbereitete Anträge, etwa von der juristischen Beratungsstelle der UOKG, können nicht einfach übergeben werden.

Viele Oberlandesgerichte, etwa in Brandenburg und Sachsen, haben entschieden, dass diese strenge Formvorschrift im Rehabilitierungsrecht nicht gilt, weil das Verfahren bewusst niedrigschwellig ausgestaltet sein soll.

Das Thüringer Oberlandesgericht sieht das anders und wies 2023 einen Wiederaufnahmeantrag allein aus formalen Gründen zurück. Der Thüringer Verfassungsgerichtshof (Beschluss vom 13. Juni 2025 – VerfGH 8/24) bestätigte diese Linie und erklärte die erhobene Verfassungsbeschwerde für unbegründet. Damit wurde für diesen Fall – und auch für zukünftige Fälle in Thüringen – festgeschrieben, dass nach Thüringer Lesart § 366 Abs. 2 StPO auch im Rehabilitierungsrecht zwingend gilt.

Diese Entscheidung ist nicht nur enttäuschend, sondern auch sachlich nicht nachvollziehbar und schlecht begründet.

Aus hiesiger Sicht hätte das Thüringer Oberlandesgericht die Frage zwingend dem Bundesgerichtshof vorlegen müssen, weil andere Oberlandesgerichte ausdrücklich gegenteilige Auffassungen vertreten. Dass dies unterblieb und vom Verfassungsgerichtshof Thüringen auch noch abgesegnet wurde, ist ein klarer Rückschritt.

**Das Ergebnis: Wer in Thüringen einen Wiederaufnahmeantrag stellen will, sollte diesen entweder durch einen Anwalt einreichen lassen oder persönlich zu Protokoll der Geschäftsstelle geben. Alles andere führt mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit zur formalen Zurückweisung.**

Sollte es Betroffene geben, die dies nicht können oder wollen, können sie sich gerne an mich wenden. Man könnte die Frage erneut durchspielen und versuchen, sie letztlich vom Bundesverfassungsgericht klären zu lassen. Ich gehe davon aus, dass das Bundesverfassungsgericht im Falle einer Annahme dieser Verfassungsbeschwerde zu einer anderen Entscheidung gekommen wäre. Dass die Hürden für die Annahme dort hoch sind, ist bekannt – aber hier liegt meines Erachtens ein klarer Verstoß gegen das Grundrecht auf den gesetzlichen Richter (Art. 101 Abs. 1 Satz 2 GG) vor.

Alle zitierten Gesetzesnormen sind online abrufbar; durch Eingabe des jeweiligen Paragraphen in die von Ihnen bevorzugte Internetsuche findet man direkt die passende Fundstelle.

Ass. jur. Martina Kegel  
(juristische Beratung UOKG)

## Bundesweiter Härtefallfonds im Internet

Mit der Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze (Sechstes Gesetz zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR) ist auch die Einrichtung eines bundesweiten Härtefallfonds beschlossen worden. Das Gesetz trat am 01.07.2025 in Kraft.

Unter der jetzt eingerichteten Internetdomain [www.stepv.de](http://www.stepv.de) können nun Informationen und Unterlagen zu Unterstützungsleistungen nach § 18 StrRehaG und dem bundesweiten Härtefallfonds eingesehen werden. **Bitte beachten: Anträge auf Unterstützungsleistungen sind jedoch gegenwärtig noch nicht möglich (siehe dort unter „Formulare & Downloads“).**

## Workuta, 22.06.1954

Wie eine mutige Erfurterin den Gulag überstanden hat. In einer Reihe von Gedichten spricht Hannelore Meis vom Glauben, von Mut, Zuwendung und Liebe. Zusammengestellt und kommentiert von Wolfgang Schuchardt. Hier als Auszug das Gedicht, die Gedanken von Hannelore Meis aus dem Jahr 1954.

Ein halbes Jahr bevor Hannelore Meis wieder nach Erfurt/Thüringen entlassen wurde, schrieb sie ihre Erinnerungen an die Stadt Workuta nieder, die nördlich des Polarkreises liegt. Die Gegend war reich an Steinkohle, Erdgas und Erdöl. Es wurden in den 30 und 40 er Jahren zahlreiche russische Menschen zum Ab-


bau dieser Vorkommen in diese Siedlung verschleppt. Es sollen seit 1938 mehr als 1 Millionen gewesen sein. 250.000 Menschen mussten dort ihr Leben lassen. Die Zahl der betroffenen Menschen aus der SBZ/DDR wurde in den Jahren 1945 bis 1955 auf 5.000 geschätzt. Andere Untersuchungen sprechen von 40-50.000 Gefangenen. Nur durch diese Aufzeichnungen konnte man einen geringen Einblick in die Not der Inhaftierten erlangen.

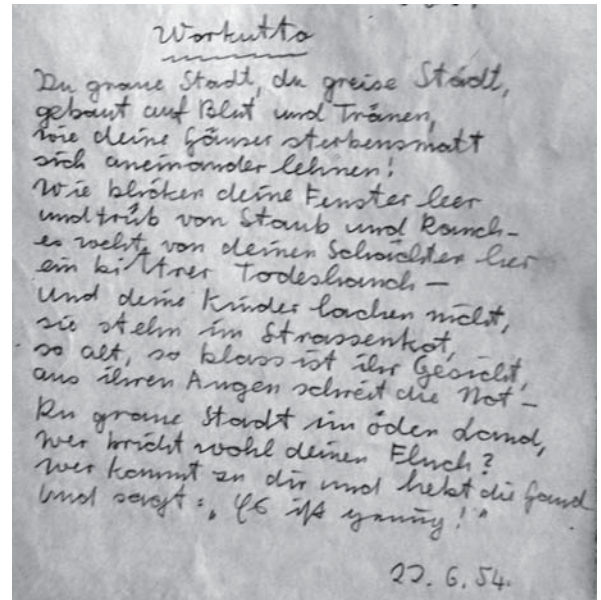
Der größere Teil an Schmerz, Hunger und Grausamkeiten blieb uns verborgen, ihn nahmen die Betroffenen mit ins Grab.

Du graue Stadt, du greise Stadt,  
gebaut auf Blut und Tränen,  
wie deine Häuser sterbensmatt  
sich aneinander lehnen.

Wie blicken deine Fenster leer  
und trüb von Staub und Rauch,  
es weht von deinen Schächten her  
ein bitterer Todeshauch.  
Und deine Kinder lachen nicht,  
sie stehn im Straßenkot.  
So alt, so blass ist ihr Gesicht,  
aus ihren Augen schreit die Not.  
Du graue Stadt im öden Land,  
wer bricht wohl deinen Fluch?  
Wer kommt zu dir und hebt die Hand  
und sagt: „Es ist genug.“

Hannelore Meis schildert Schmerz und Not während ihres Aufenthaltes im Gulag, in Workuta. Man findet keine Worte des Hasses denen gegenüber, die sie den Unmenschen ausgeliefert haben. Erst 2002 wird sie von der russischen Staatsanwaltschaft schriftlich rehabilitiert. Doch seit ihrer Entlassung 1955 bis zur deutschen Wiedervereinigung und auch danach noch war der Makel des Aufenthaltes in einem russischen „Besserungs- und Arbeitslager“ in ihrer Personalakte enthalten und damit für sie mit vielen Nachteilen verbunden. So wie sie im Lager die Hoffnung nicht aufgab, so gestaltete sie ihr Leben bis zum Tod sinnvoll und inhaltsreich.

Am 22.07.2018 verstarb Frau Meis, eine mutige und vorbildliche Frau, im Alter von 92 Jahren in einem Pflegeheim in Erfurt. 



Handschriftliche Aufzeichnung von Hannelore Meis im Gulag vom 22.06.1954. Bild- und Textrechte Dr. Wolfgang Schuchardt

## Mord in staatlichem Auftrag

### Manfred Smolka starb vor 65 Jahren

Als der 1930 in Oberschlesien geborene Manfred Smolka, Oberleutnant der DDR-Grenzpolizei, am 12. Juli 1960 in Leipzig unter dem Fallbeil starb, war ich 23 Jahre alt und studierte im fünften Semester Literaturwissenschaft an der Freien Universität in Berlin-Dahlem. Ob ich damals diesen von Erich Mielke (1907-2000), dem seit 1957 amtierenden Minister für Staatssicherheit, angeordneten Gewaltakt zur Auslöschung eines Menschenlebens registrierte und politisch einzuordnen wusste, weiß ich nicht mehr. Ich weiß aber noch, dass ich zwei Jahre später, als ich wegen „staatsgefährdender Hetze“ zu dreieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt war, in Waldheim einen Häftling traf, der Manfred Smolka gekannt und die letzten Tage vor der Exekution mit ihm verbracht hatte. Ein Jahr später wurde die Mauer in Berlin gebaut!

**Während meiner drei Gefängnisjahre hatte ich gelernt, dass Kommunisten in ihren gnadenlosen Machtausübung (sie nannten das „Klassenkampf“) zu jedem Verbrechen fähig waren, auch zu Mord.**

Manfred Smolka, dessen Vater 1943 gefallen war, flüchtete 1945 mit Mutter und Geschwistern vor der anrückenden Roten Armee von Oberschlesien nach Hohenleuben im Landkreis Greiz/Thüringen, wo er bis 1947 als Landarbeiter tätig war. Er

wurde 1948 SED-Mitglied, machte eine Grundausbildung bei der Volkspolizei und wurde Grenzpolizist. Nach dem Besuch der Offiziersschule wurde er Oberleutnant der Grenztruppen und wohnte mit Frau und Tochter in Titschendorf im Saale-Orla-Kreis. In diesem Ort wurde am 11. Mai 2017 ein Gedenkstein für Manfred Smolka eingeweiht.

Am 17. Juni 1958, dem fünften Jahrestag des Arbeiteraufstands von 1953, widersetzte sich Manfred Smolka einem Befehl zur „verschärften Grenzsicherung“. Er wurde zum Feldwebel degradiert und von den Grenztruppen entlassen. Wegen „parteischädigenden Verhaltens“ wurde er dann auch noch aus der SED ausgeschlossen. In der Nacht zum 15. November 1958 flüchtete er über die innerdeutsche Grenze nach Bayern und fand eine Arbeit als Kraftfahrer in Peisel bei Gummersbach/Nordrhein-Westfalen.

Am 22. August 1959 wollte er seine Frau und die Tochter über die innerdeutsche Grenze nach Bayern holen. Seine Pläne waren aber verraten worden. Er geriet an der Grenze in einen Hinterhalt und wurde, noch auf westdeutschem Gebiet, von einem im Gebüsch versteckten Mordkommando der Staatssicherheit angeschossen und mit durchschossenem Oberschenkel auf DDR-Gebiet verschleppt.

Es ging ihm ähnlich wie dem ehemaligen Häftling Michael Gartenschläger (1944-1976), der nach zehn Jahren Zuchthaus in Brandenburg von der Bundesregierung freigekauft wurde. Er wurde am 30. April 1976 von einem Spezialkommando der Staatssicherheit an der innerdeutschen Grenze bei Lübeck erschossen, als er vom Grenzzaun eine Splittermine abmontieren wollte, und als „unbekannte Wasserleiche“ auf dem Schweriner Waldfriedhof verbrannt.

Manfred Smolkas Schicksal, die Todesstrafe „aus erzieherischen Gründen“ zu verhängen, war schon besiegelt, ehe der Prozess überhaupt begonnen hatte. Gleich zu Beginn des Verfahrens vor dem Bezirksgericht Erfurt widerrief Manfred Smolka sein erzwungenes Geständnis, für westdeutsche Geheimdienste gearbeitet zu haben. Der Mutter des Angeklagten war der Zutritt zum Gerichtssaal verweigert worden. Stattdessen saßen dort 65 Politoffiziere der Nationalen Volksarmee und der Volkspolizei sowie 17 Offiziere des Ministeriums für Staatssicherheit. Sein Pflichtverteidiger vor Gericht war „inoffizieller Mitarbeiter der Staatssicherheit“.

Manfred Smolkas Frau wurde später vor demselben Bezirksgericht wegen „Republikflucht“ zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt, die sie im Frauengefängnis Ho-



heneck/Erzgebirge verbrachte. Die noch minderjährige Tochter wuchs bei den Großeltern auf. Das Berufungsverfahren scheiterte am 06. Mai 1960, weil Staatspräsident Wilhelm Pieck (1876-1960) das von der Mutter eingereichte Berufungsgesuchen abgelehnt hatte.

Am 12. Juli 1960 wurde Manfred Smolka in Leipzig-Meusdorf mit der Fallschwertmaschine exekutiert. Vorher hatte er noch an seine Angehörigen einen Brief schreiben dürfen, der aber nie zugestellt wurde: „Meine liebe, gute Mutter, liebe Geschwister, liebe Frau und mein liebes Kind! Soeben habe ich erfahren, dass mein Todesurteil vollstreckt wird, ich habe nur noch wenige Minuten zu leben“. Dieser Abschiedsbrief, worin er auch um eine Erdbestattung gebeten hatte, wurde unterschlagen und der Witwe, auch nicht nach der Entlassung aus dem Zuchthaus Hoheneck, nie zugestellt. Seine Leiche wurde verbrannt, auf dem Totenschein wurde als Todesursache „Herzinfarkt“ angegeben. Der Abschiedsbrief und die Prozessakten erreichten Waltraud Smolka erst nach der Grenzöffnung am 09. November 1989.

Am 18. Juli 1960, sechs Tage nach der Vollstreckung des Urteils verschickte Erich Mielke, der Minister für Staatssicherheit,

ein Rundschreiben an alle MfS-Dienstleistungen, „...um alle Mitarbeiter des Ministeriums so zu erziehen, dass sie den Verrat hassen und als Tschekisten an der Überwindung politisch-moralischer Mängel und Schwächen ernsthaft arbeiten.“

Im Dezember 1964 wandte sich Waltraud Smolka, die inzwischen aus der Straftat entlassen war, an die Staatsanwaltschaft im Bezirk Gera und bat um Auskunft über den Verbleib ihres Ehemanns, da sie nie eine Bestätigung, dass das Todesurteil vollstreckt worden sei, erhalten hatte. Man hätte ihr während des Strafvollzugs lediglich Ehering, Uhr und Wäsche zugeschickt. Der Brief wurde von Gera an die Staatsanwaltschaft Erfurt weitergeleitet, die sich am 29. Dezember 1964 an die Generalstaatsanwaltschaft in Ostberlin wandte. Auch von dort erhielt Waltraud Smolka acht Monate keine Antwort, sodass sie sich am 26. August 1964 direkt an den Generalstaatsanwalt Josef Streit (1911-1987), der 1962 in dieses Amt berufen worden war. In ihrem Brief schrieb sie, es wäre ihr immer noch unverständlich, dass „...dieses Urteil ausgeführt wurde. Sollte es doch zutreffen, dann fordere ich sofort eine amtliche Todesurkunde.“ Am 27. September wurde die Sterbeurkunde schließlich von Ostberlin nach Gera ge-

schickt und am 15. Oktober 1965, mehr als fünf Jahre nach Manfred Smolkas Tod, seiner Witwe übergeben. Im Begleitschreiben aus Ostberlin stand zu lesen: „...wobei Einzelheiten des Verbrechens in der Aussprache nicht darzulegen sind.“ Nach der Übergabe der Urkunden wurde nach Ostberlin mitgeteilt: „Frau Smolka vertrat den Standpunkt, dass die Verurteilung ihres Mannes zum Tode ein Racheakt sei und ein abschreckendes Beispiel sein sollte.“

Fast 30 Jahre später, am 29. Januar 1990, traten Waltraud Smolka und ihre Tochter Ursula Franz an die Öffentlichkeit und stellten Strafanzeige gegen Erich Honecker (1912-1994) wegen Totschlag und Rechtsbeugung. Bis zur Ausreise des SED-Politikers nach Chile am 14. Januar 1993, also drei Jahre lang, wurde diese Strafsache von der bundesdeutschen Justiz verschleppt, bis der Täter nicht mehr greifbar war.

**Der einstige DDR-Häftling Klaus Schmude veröffentlichte 1992 das Buch „Fallbeil Erziehung“. Waltraud Smolka verklagte 1998 die SED-Nachfolgepartei PDS auf Schadensersatz, ohne Erfolg.**

Jörg Bernhard Bilke

## Der 13. August ist ein Tag des Erinnerns

Der 13. August lädt uns ein, innezuhalten und zu reflektieren. Die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) am 07. Oktober 1949 markierte den Beginn eines Regimes, das von Repression und Kontrolle geprägt war. Diese dunkle Zeit fand ihren tragischen Höhe-

punkt im Volksaufstand vom 17. Juni 1953. Der Aufstand war ein eindringlicher Ausdruck des Unmuts der Bevölkerung gegen die diktatorischen Strukturen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED). Doch die Reaktion des DDR-Regimes war brutal: mit Gewalt und

Blut wurde der Widerstand mit Hilfe der Sowjets niedergeschlagen. Hunderte wurden verhaftet, viele verloren ihr Leben.

Als die SED in den Jahren darauf merkte, dass ihre Herrschaft wankte, kam es zur verhängnisvollen Entscheidung, die Menschen in der DDR wurden am 13. August 1961 durch die Errichtung der Berliner Mauer isoliert. Mit Billigung von Moskau wurde eine Grenze errichtet, die nicht nur ein physisches Hindernis war, sondern auch das geistige und menschliche Wohl der Menschen in der DDR bedrohte. Familien wurden getrennt, Fluchtversuche endeten oft tragisch.

Unser Gedenken gilt deshalb den Toten, den Traumatisierten, den Opfern dieses mörderischen SED-Regimes (Rechtsnachfolger: PDS, Die Linke). Es ist unsere Pflicht, die Erinnerungen wachzuhalten und die Geschichten derjenigen zu erzählen, die unter dem Joch der Diktatur litten. Nur so können wir sicherstellen, dass solche Gräueltaten nicht wieder geschehen.

André Rohloff



# Aktionsgemeinschaft Recht und Eigentum e. V

Wir freuen uns Ihnen in Anknüpfung an die letzten Informationen mitteilen zu können, dass die nötigen Schritte eingeleitet werden, um die Archiv- und Dokumentationsunterlagen der verschiedenen Organisationen darunter auch IOB, und HVL zu erschließen und für eine Informationsoffensive im kommenden Jahr vorzubereiten. [...] Wir beantworten zusammen mit der entsprechenden Fachabteilung der Bundesstiftung Aufarbeitung (Leiter Dr. Matthias Buchholz) ab jetzt Fragen von Doktoranden, wissenschaftlichen Mitarbeitern und Vertretern der Medien bzw. bereiten wichtige Neuentwicklungen und Informati-

onen durch die künftig erschlossenen Dokumente vor. Fragen und Hinweise nimmt gerne das Plänitzer Büro entgegen. Termine zur Information in der Bundesstiftung sind mit uns in Plänitz abzustimmen.

Wir haben uns entschlossen, angesichts der vielen Erinnerungstermine im Zusammenhang mit der 80jährigen Wiederkehr vom Kriegsende und seinen Folgen sowie der sog. Boden- und Industriereform die Gedenkfeier am Kyritzer Bodenreformdenkmal ausfallen zu lassen und stattdessen ein Seminar mit Blick auf die zukünftigen Aufgaben auszurichten.

Mit der Arbeit zur Würdigung des 80. Jahrestages der Ereignisse von 1945 haben wir uns wichtige Aufgaben gestellt, für die wir dringend Ihre konkrete Unterstützung benötigen. Wir denken wir haben verdient, dass man den Einsatz der vergangenen Jahre und Jahrzehnte besonders würdigen kann. **Hier noch einmal die wichtigen Kontodaten:**  
Bankverbindung: Raiffeisenbank OPR,  
IBAN: DE 68 1606 1938 0103 0127 94

Mit herzlichen Grüßen und guten Wünschen das ARE/FRE-Team mit  
Manfred Graf von Schwerin

## UOKG-Ausstellung in Litauen

Dank der finanziellen Unterstützung von Herrn Dr. Ronald Berndt aus Ansbach und Frau Jurgita Samoskiene, von der IGFM-Sektion Litauen, ist es gelungen, die UOKG-Plakatausstellung „Mauern-Gitter-Stacheldraht“ ab November 2025 im „KGB-Museum“ der litauischen Hauptstadt Vilnius auszustellen. Damit schlägt diese Ausstellung über die politische Verfolgung in der SBZ/DDR auch eine Brücke in dieses baltische Land, in dem es eine doppeltem Diktaturerfahrung mit unendlichem Leid gab. Deshalb wird auch besonders an den Hitler-Stalin-Pakt erinnert, mit dem diese Diktatoren gemeinsam den Weg in den zweiten Weltkrieg beschritten.

Alexander W. Bauersfeld

## Einheit und Vielheit

Studentische Sonderausgabe der „Gerbergasse 18“ ist erschienen. Auf äußerst vielfältige Weise blickt seit einigen Jahren eine Generation auf die DDR, die sie „nur“ aus Geschichtsbüchern oder den Erzählungen ihrer Eltern und Großeltern kennt. Sie alle haben die DDR selbst nicht mehr miterlebt – setzen sich aber dennoch aktiv mit dem Erbe und den Folgen der SED-Diktatur auseinander, ohne dabei Stereotype und Feindbilder zu bedienen. Und auch in der Wissenschaft wird die Beschäftigung mit der DDR-Geschichte und der Transformationszeit von der Nachwende-generation fortgesetzt. Semester für Semester entstehen gehaltvolle Seminar- und Projektarbeiten, die sich verschiedenen Aspekten der DDR-Vergangenheit und des Transformationsprozesses widmen, jedoch selten den Weg in die Öffentlichkeit finden.

Die 2025 durch ein studentisches Redaktions-team erarbeitete Sonderausgabe der „Gerbergasse 18“ bietet solchen Beiträgen eine Plattform. Wie die ver-

tretenen Fachrichtungen sind auch die Themen der Beiträge divers, sie repräsentieren Einheit und Vielheit. Über die historische Perspektive hinaus werden auch Gegenwartsfragen behandelt: Welche Rolle spielen Kategorien wie „ostdeutsch“ und „westdeutsch“ in Zeiten scheinbar schrankenloser Mobilität? Wie und warum wird an die DDR im Familien- und Bekanntenkreis, im Stadtbild oder auf Social Media erinnert? Welche Spuren haben die SED-Diktatur, die Wiedervereinigung und die Transformation bis heute hinterlassen?

**Hier geht es zur Ausgabe:**

www.geschichtswerkstatt-jena.de/sonderausgabe  
Neben einer online verfügbaren PDF erschien die Studentische



Sonderausgabe auch als gedrucktes Heft. Anfragen für gedruckte Exemplare an: sonderausgabe@geschichtswerkstatt-jena.de

### Für Rückfragen und Informationen:

Daniel Börner (Redakteur/Projektmanager), Telefon: 03641 - 82 12 35  
E-Mail: d.boerner@geschichtswerkstatt-jena.de



# Argumente gegen Parolen und Populismus



Sonderdruck/Auszug aus dem Buch „Argumente am Stammtisch“: In kurzer und prägnanter Form werden in dieser handlichen Broschüre das Phänomen rechten Populismus beschrieben und Argumente gegen rechte und ausländerfeindliche Parolen dargelegt. Solche „Stammtischparolen“ kommen vermehrt aus der Mitte der Gesellschaft und treten aktuell in allen Bereichen des Alltags auf. Wer darauf reagieren will, fühlt sich häufig unvorbereitet und überfordert. Doch man kann – und sollte! – ihnen durchaus etwas entgegensetzen.

Klaus-Peter Hufer ist ein erfahrener Wissenschaftler. Er zeigt Muster und Handlungsmöglichkeiten bei der Konfrontation auf. Er macht Mut, im Alltag couragiert einzugreifen.

Sonderausgabe für die Landeszentralen für politische Bildung unter:  
[www.politische-bildung-brandenburg.de/publikation/argumente-gegen-parolen-und-populismus](http://www.politische-bildung-brandenburg.de/publikation/argumente-gegen-parolen-und-populismus)



## Hinweise und Korrekturen

Nachtrag zum Beitrag „Nachruf auf Klaus Hobrack“, Ausgabe 6/25, S. 19. „Beisetzung eines 17ers in Jena: Ein Held von Gestern? Vergessen? Vorbei?“ Quelle: Hohenecker Bote <https://tinyurl.com/5eyaks8x>

Auf Grund der aktuellen finanziellen Situation wird der Stacheldraht 2025 mit nur 8 Ausgaben erscheinen. Für 2026 wird die reguläre Herausgabe von 9 Ausgaben angestrebt.

**Die Redaktion dankt allen aufmerksamen Lesern des Stacheldrahtes für Korrekturen und Hinweise. Dank an alle Leser auch für die fortwährend zahlreichen Beiträge und interessanten Zuschriften!** Leider können nicht immer alle Beiträge veröffentlicht und gewürdigt werden. Dafür bitten wir um Verständnis. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. **Eine nicht sinnenstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.**

**Archiv:** Unsere Verbandszeitschrift „der stacheldraht“ kann für die Jahrgänge 2009 bis 2024 als PDF-Dokument online im Archiv abgerufen werden unter: [www.uokg.de/stacheldraht/](http://www.uokg.de/stacheldraht/)

**Unsere Webseite:** [www.uokg.de](http://www.uokg.de)

**Rubriken:** Aktuelles, Beratung, Verein, Projekte, Stacheldraht, Videos, Publikationen, Kontakt

**Newsletter:** [www.uokg.de/publikationen/newsletter/](http://www.uokg.de/publikationen/newsletter/)

**Wir sind in den Sozialen Medien aktiv!** Folgen und abonnieren Sie uns, liken und teilen Sie gern unsere Beiträge!

UOKG auf YouTube: [www.youtube.com/@UOKGnews/](http://www.youtube.com/@UOKGnews/)

UOKG auf Facebook: [www.facebook.com/UOKGeV/](http://www.facebook.com/UOKGeV/)

UOKG auf Instagram: [www.instagram.com/UOKGeV/](http://www.instagram.com/UOKGeV/)

UOKG auf LinkedIn: [www.linkedin.com/company/UOKGeV/](http://www.linkedin.com/company/UOKGeV/)

**ABONNENTEN** können die jeweils aktuelle Ausgabe als **PDF-Dokument** zugestellt bekommen. Wir bitten in diesem Fall um eine kurze Mitteilung an **E-Mail:** [der-stacheldraht@uokg.de](mailto:der-stacheldraht@uokg.de)

### ABO-KONTO STACHELDRAHT

IBAN: DE79 1007 0024 0734 2728 00

BIC: DEUTDE3333030000

Verwendungszweck „ABO Stacheldraht“ oder „Stacheldraht-Spende“

**Verkaufspreis:** aktuell Jahresabo 10 Euro inkl. Postversand, Einzelausgabe 1,50 Euro inkl. Postversand

Jahresabo 9 Euro elektronische Ausgabe (pdf), Einzelausgabe 1 Euro elektronische Ausgabe (pdf)

**Der Wochenrückblick** ist ein E-Mail-Pressespiegel, der Institutionen und Interessierte rund um das Thema DDR-Aufarbeitung informiert. Im Fokus stehen dabei die Opfer der SED-Diktatur. Er ist kostenlos und erscheint insgesamt in 50. Kalenderwochen im Jahr (Abweichungen möglich). Sie wollen den Wochenrückblick direkt auf Ihre Email erhalten? Sehr gerne nehmen wir Sie in unseren Verteiler auf. Dafür schicken Sie uns einfach eine **E-Mail an:** [wochenrueckblick@uokg.de](mailto:wochenrueckblick@uokg.de). Der Wochenrückblick wird herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG), Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. 030 557793-51, Fax: -40. **Internet:** [www.uokg.de/wochenrueckblick/](http://www.uokg.de/wochenrueckblick/)

**Redaktionsschluss Impressum letzte Seite.** Beachten Sie zur gedanklichen Anregung auch unser jeweiliges Zitat auf der letzten Seite.

# Tödliche Ostseefluchten aus der DDR 1961–1989

An die Opfer des DDR-Grenzregimes erinnerten am 13. August 2025 in Kühlungsborn am ehemaligen Grenzturm BT 11 der Landesbeauftragte für Mecklenburg-Vorpommern für die Aufarbeitung der SED-Diktatur, die Landeszentrale für politische Bildung M-V und der Verein Grenzturm e. V. Gedacht wurde insbesondere der Menschen, die bei der Flucht über die Ostsee ums Leben kamen.

Der Landesbeauftragte Burkhard Bley: „Wir gedenken der Menschen, die an einer tödlichen Grenze ums Leben gekommen sind, die ihrer Freiheit beraubt und verfolgt wurden. Die SED-Verantwortlichen sicherten mit einem unmenschlichen Grenzregime ihre Macht, die sie mit der Friedlichen Revolution 1989 und der Grenzöffnung verloren.“ Zudem wurde das neue Buch von „Tödliche Ostseefluchten aus der DDR 1961-1989“ vorgestellt. Das Ergebnis ist eines von drei Teilprojekten des Forschungsvorhabens „Grenzregime. Tödliche Fluchten aus der DDR“, verortet an den Universitäten Berlin, Potsdam und Greifswald. Es wurde vom Bundesministerium für Bildung und Forschung sowie

dem Ministerium für Wissenschaft, Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten Mecklenburg-Vorpommern finanziert. Autoren sind Henning Hochstein, Jenny Linek, Merete Peetz. Unter Mitarbeit von Hubertus Buchstein, Jane Gerhardt, Björn Ahters, Leoni Gau, Maya Miller und Finja Schöbel: Tödliche Ostseefluchten aus der DDR 1961-1989, Landeszentrale für politische Bildung Schwerin, 410 Seiten.

**Internet:** <https://tinyurl.com/38ye74r7>

## Das DDR-Grenzregime und der Mauerbau 1961

Faktenreich berichtet der Historiker Rainer Potratz im Podcast über das Grenzregime der DDR über die massiven Veränderungen, die sich durch die Grenzziehungen und den Mauerbau für die Städte und Gemeinden in Brandenburg bzw. im ehemaligen Bezirk Potsdam zwischen 1945 und 1989 ergeben haben. Potratz, der in West-Berlin aufgewachsen ist und zurzeit ein Buch über das DDR-Grenzregime schreibt, kommt auf Zwangsausiedlungen und tödliche Grenzanlagen ebenso zu sprechen wie auf das umstrit-

tene Grenzgängertum und die Fluchten in den Westen.

**Internet:** <https://aufarbeitung.brandenburg.de/podcast/tf003/>

## Zentrale Gedenkveranstaltung in der Bernauer Straße

Am 13. August 2025 fand in der Gedenkstätte Berliner Mauer in der Bernauer Straße die zentrale Gedenkveranstaltung zur Erinnerung an den Bau der Berliner Mauer statt. Neben dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, Kai Wegner, waren rund 80 weitere Gäste aus Politik, Kultur und Gesellschaft sowie Zeitzeugen zugegen. Nach einer Andacht am Denkmal der Gedenkstätte, wo die Gäste gemeinsam der Opfer von Mauer und Teilung gedenken und die Kranzschleifen richten konnten, hielt die Bundesbeauftragte für die Opfer der SED-Diktatur, Evelyn Zupke, eine kurze Ansprache.

**Internet:** <https://www.stiftung-berliner-mauer.de/de/gedenkstaette-berliner-mauer>



Grenzturm Kühlungsborn. Grenzbeobachtungsturm BT11, Ostseeallee 1A, 18225 Kühlungsborn, Tel.: 0173 8732778. Foto: L. Tschirschwitz/LAMV.

### UOKG e.V.

Ruschestraße 103, Haus 1, 6. Etage  
10365 Berlin-Lichtenberg  
U5 und Bus 240 Magdalenenstraße

#### UOKG-Geschäftsstelle

Tel. (030) 55 77 93 51  
Fax (030) 55 77 93 40  
E-Mail [info@uokg.de](mailto:info@uokg.de)  
Internet: [www.uokg.de/verein/geschaeftsstelle/](http://www.uokg.de/verein/geschaeftsstelle/)  
Mo, Di, Mi 10.00–16.00 Uhr  
Do, Fr 10.00–14.00 Uhr

#### UOKG-Beratungsstelle

Internet: [www.uokg.de/verein/beratungsteam/](http://www.uokg.de/verein/beratungsteam/)  
Persönliche Termine für Beratungen  
nur nach telefonischer Absprache

#### Juristische Beratung

Martina Kegel, Juristin  
Telefonische Sprechzeiten: Di, Mi, Fr, 10.00–12.00 Uhr  
Tel. (030) 55 77 93 53, E-Mail: [kegel@uokg.de](mailto:kegel@uokg.de)

#### DDR-Zwangsadoption und Heimkinder

Cornelia Kurtz  
Telefonische Sprechzeiten: Mo, Di, 10.00–15.00 Uhr  
Tel. (030) 55 77 93 54, Mobil: 0151 721 098 10  
E-Mail: [kurtz@uokg.de](mailto:kurtz@uokg.de)

#### Psychoziale Beratung/Soziale Beratung

Magdalena Kuhn, Dipl.-Psych. /  
ab 01.02.2024 in Vertretung Anne Maltusch  
Telefonische Sprechzeiten: Mo, Mi, Fr, 10.00–12.00 Uhr  
Tel. (030) 55 77 93 52, E-Mail: [maltusch@uokg.de](mailto:maltusch@uokg.de)

#### Psychoziale Beratung/Soziale Beratung

Tanja Germer, Dipl.-Päd.  
Telefonische Sprechzeiten: Mo, Fr, 10.00–12.00 Uhr  
Tel. (030) 57 79 87 39, E-Mail: [germer@uokg.de](mailto:germer@uokg.de)

Die Geschäftsstelle wird von der Beauftragten für Kultur und Medien und die Beratungsstelle vom Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur gefördert.

Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT oder die UOKG gespendet oder den Stacheldraht abonniert haben. Besonderer Dank gilt der IG Mahnmal Großenhain für die großzügige Spende für den Stacheldraht. Im 1. Quartal des Folgejahres wird eine Spendenbescheinigung ausgestellt, wenn die Anschrift bekannt ist

## Zitat

**„Freiheit ist kein Zustand, sondern immerwährender Auftrag“.** Anlässlich des 64. Jahrestag des Mauerbaus macht Kulturstaatsminister Wolfram Weimer deutlich, dass das kommunistische Unrecht weiter entschlossen aufgearbeitet und zukünftige Generationen an die Opfer des autoritären SED-Regimes erinnert werden müssen. Kulturstaatsminister Weimer zum 64. Jahrestag des Mauerbaus. Presseerklärung vom 13. August 2025.  
Quelle: <https://tinyurl.com/7jz6jzry>

## Bürgerberatung

des Bundesarchivs für die Stasi-Unterlagen in Berlin

Telefonische Beratung und Terminvereinbarung:  
(0 30) 23 24–70 00

Montag bis Donnerstag  
8.00–17.00 Uhr

Freitag  
8.00–14.00 Uhr

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

Tel. (030) 55 77 93 51, Fax –40  
Bundesvorsitzender: Dieter Dombrowski  
Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 23  
Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin  
Internet: [www.uokg.de](http://www.uokg.de)  
E-Mail Redaktion: [der-stacheldraht@uokg.de](mailto:der-stacheldraht@uokg.de)  
E-Mail: [Info@uokg.de](mailto:Info@uokg.de)

**UOKG-Spendenkonto für Abonnements und Spenden:**  
Konto: UOKG e.V.  
IBAN: DE79 1007 0024 0734 2728 00  
BIC: DEUTDE33HAN  
**Verwendungszweck**  
**„ABO“ oder „Stacheldraht-Spende“**

## Impressum DER STACHELDRAHT

**Herausgegeben** von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG).

**Redaktion:** Dr. Henning Pietzsch, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin,  
Tel. (0 30) 26 55 71 20 (die telefonische Erreichbarkeit der Redaktion ist eingeschränkt)  
E-Mail: [der-stacheldraht@uokg.de](mailto:der-stacheldraht@uokg.de)

**An- und Abmeldungen für den Versand des Stacheldrahtes bitte, wenn möglich, auf elektronischem Weg per Mail.**



Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien



Gefördert von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien

**Herstellung:** Satzherstellung Neymanns, Föttingerzeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24,  
E-Mail: [neymanns@satzherstellung.com](mailto:neymanns@satzherstellung.com), Internet: [www.satzherstellung.com](http://www.satzherstellung.com)

Verkaufspreis: aktuell Jahresabo 10 Euro inkl. Postversand, Einzelausgabe 1,50 Euro inkl. Postversand  
Jahresabo 9 Euro elektronische Ausgabe (pdf), Einzelausgabe 1 Euro elektronische Ausgabe (pdf)

**Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.**

Redaktionsschluss Ausgabe 07/2025: 12. September 2025

Redaktionsschluss Ausgabe 08/2025: 31. Oktober 2025

Der Stacheldraht: ISSN 2748-4041 (Print), 2751-0182 (Online)

